



HESSEN



Bericht aus Brüssel

20/2023 vom 30.10.2023

**Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de**

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Institutionelles..... | 3 |
| Außen- und Verteidigungspolitik..... | 5 |
| Europäisches Parlament..... | 7 |
| Ausschuss der Regionen..... | 9 |
| Wirtschaft..... | 9 |
| Verkehr..... | 11 |
| Energie..... | 12 |
| Digital..... | 12 |
| Forschung..... | 13 |
| Finanzdienstleistungen..... | 15 |
| Finanzen..... | 16 |
| Soziales..... | 18 |
| Gesundheit und Verbraucherschutz..... | 18 |
| Umwelt..... | 19 |
| Landwirtschaft..... | 22 |
| Justiz..... | 29 |
| Inneres..... | 30 |
| Bildung und Kultur..... | 35 |
| Information, Kommunikation und Medien..... | 36 |
| EU-Förderprogramme..... | 37 |
| Veranstaltungen..... | 39 |
| Vorschau..... | 44 |

Europäischer Rat; Erklärung und Videokonferenz zur Lage im Gazastreifen

Die Staats- und Regierungschefs haben sich am 17.10.2023 in einer außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates (ER) per Videokonferenz über die Situation im Gazastreifen ausgetauscht. Am 15.10.2023 hatten sie bereits eine Erklärung zur Lage im Nahen Osten veröffentlicht. Themen der Aussprache am 17.10.2023 waren insbesondere die Bereitstellung von humanitärer Hilfe sowie die Verhinderung einer regionalen Eskalation des Konflikts und von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, der Dialog mit regionalen Akteuren im Hinblick auf einen dauerhaften und nachhaltigen Frieden auf der Grundlage einer Zweistaatenlösung, mögliche Sicherheitsauswirkungen für die EU sowie das Risiko von weiteren Migrationswellen nach Europa. ER-Präsident Charles Michel erklärte nach der Tagung u.a., dass die Staats- und Regierungschefs vereinbart haben, sich eng zu koordinieren, auch mit den Vereinten Nationen, und mit den Partnern in der betroffenen Region, v.a. Ägypten, zusammenzuarbeiten. Israel habe das Recht, sich im Einklang mit dem Völkerrecht und dem humanitären Völkerrecht gegen gewalttätige und willkürliche Angriffe zu verteidigen. Der ER-Präsident betonte auch die humanitäre Situation und die Notwendigkeit, einen humanitären Zugang zu den Zivilisten im Gazastreifen zu schaffen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2023/10/17/>

Europäischer Rat; Ergebnisse des Gipfels am 26./27.10.2023

Die Staats- und Regierungschefs der EU kamen am 26./27.10.2023 zu einem Europäischen Rat (ER) in Brüssel zusammen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj war zu einer Aussprache zeitweise zugeschaltet worden. Der Konflikt im Nahen Osten und der Krieg in der Ukraine haben den ER geprägt. Die Staats- und Regierungschefs verurteilen die „brutalen und willkürlichen Angriffe“ der Hamas in ganz Israel „auf das Schärfste“. Sie betonen „nachdrücklich, dass Israel das Recht hat, sich im Einklang mit dem Völkerrecht und dem humanitären Völkerrecht zu verteidigen“, und bekräftigen ihre Forderung an die Hamas, alle Geiseln ohne Vorbedingungen unverzüglich freizulassen. Sie zeigen sich zutiefst besorgt angesichts der sich verschlechternden humanitären Lage im Gazastreifen. Es müsse „mit allen erforderlichen Maßnahmen, einschließlich humanitärer Korridore und Pausen zu humanitären Zwecken, dafür gesorgt werden, dass die Hilfe zu den Bedürftigen gelangt“. Der ER verurteilt erneut entschieden den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, und bekräftigt „die unverbrüchliche Unterstützung“ der EU für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit des Landes innerhalb seiner international anerkannten Grenzen und das naturgegebene Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung. Die EU werde der Ukraine und ihrer Bevölkerung weiterhin entschiedene finanzielle, wirtschaftliche, humanitäre, militärische und diplomatische Hilfe leisten, „solange dies nötig ist“. Der ER hat ferner einen „eingehenden Gedankenaustausch“ über die vorgeschlagene Änderung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 geführt und ersucht den Rat, die Arbeiten voranzubringen, „damit bis zum Ende des Jahres eine Gesamteinigung erzielt werden kann“. Die Fortschritte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit wurden bewertet. Der ER betont, dass die Arbeiten zum Ausbau des Wettbewerbsvorteils der EU bei digitalen und sauberen Technologien, zur Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung mit sauberer und erschwinglicher Energie, zur Verringerung zentraler kritischer Abhängigkeiten und Diversifizierung der Lieferketten durch strategische Partnerschaften, zur Förderung des Übergangs zu einer stärker kreislauforientierten Wirtschaft und zur Verringerung des Bürokratieaufwands beschleunigt werden müssen. Er ruft dazu auf, die Arbeit zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften und zur

Verringerung von unnötigem Verwaltungsaufwand, einschließlich Meldepflichten, insbesondere für KMU und Start-up-Unternehmen, voranzubringen. Die Kommission soll zusätzliche Vorschläge vorlegen. Der ER hat eine strategische Aussprache zu Migration geführt, die Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen in Dubai 2023 (COP28) vorbereitet und eine Reihe weiterer außenpolitischer Fragen behandelt: die Spannungen zwischen dem Kosovo und Serbien sowie zwischen Armenien und Aserbaidschan, sowie die Lage in der Sahelzone.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2023/10/26-27/>

Kommission; Arbeitsprogramm der Kommission 2024

Die Kommission hat am 17.10.2023 unter dem Titel „Heute handeln und für morgen bereit sein“ ihr Arbeitsprogramm für 2024 veröffentlicht. Dem Arbeitsprogramm können Bürgerinnen und Bürger sowie die an der Gesetzgebung beteiligten Organe der EU entnehmen, welche neuen Initiativen die Kommission vorlegen, welche nicht verabschiedeten Vorschläge sie zurückziehen und welche bestehenden EU-Vorschriften sie im nächsten Jahr überarbeiten wird. Für 2024 enthält das Programm neue politische Initiativen zu allen politischen Leitlinien von Kommissionspräsidentin von der Leyen. Es baut auf ihrer Rede zur Lage der Union von 2023 und auf der Absichtserklärung der Kommission 2023 auf. Besonderes Augenmerk wird auf die Vereinfachung der Vorschriften für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in der gesamten EU gelegt. Es listet daher eine Reihe von Maßnahmen zum Bürokratieabbau auf. Weitere wichtige Themen des Arbeitsprogramms für 2024 sind die Umsetzung des europäischen Grünen Deals und die Vorbereitung Europas auf das digitale Zeitalter. Beim Thema EU-Wirtschaft plant die Kommission sich auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel, Bildung, sozialem Dialog, Inflation und Erleichterung der Geschäftstätigkeit zu konzentrieren. Auch die Unterstützung der Ukraine wegen dem russischen Angriffskrieg und Schritte im Zusammenhang mit Reformen im Vorfeld der Erweiterung werden einen hohen Stellenwert haben.

https://commission.europa.eu/strategy-documents/commission-work-programme/commission-work-programme-2024_de

Kommission; Toolbox für demografischen Wandel in Europe

Die Kommission hat am 11.10.2023 eine Mitteilung zu einer Toolbox für Demografie vorgelegt, deren zentrale Prämisse die Feststellung ist, dass der demografische Wandel das Humankapital sowie die Wettbewerbsfähigkeit der EU entscheidend beeinflusst. Das Schrumpfen und Altern der Gesellschaften in den Mitgliedstaaten (MS) könne sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit, die heimische Produktion und hierbei auch auf strategische Abhängigkeiten auswirken. Dadurch entstünden u.a Herausforderungen für die grüne und digitale Transformation. Denn einerseits seien die öffentlichen Haushalte mit geringeren Steuereinnahmen und andererseits mit höheren Ausgaben für Gesundheit, Pflege und Renten konfrontiert, sodass weniger Spielraum für andere Ausgaben, u.a. für die grüne und digitale Transformation, bliebe. Das Instrumentarium berücksichtige auch die territoriale Dimension des demografischen Wandels, insbesondere in Regionen, die von einem Bevölkerungsrückgang und einer erheblichen Abwanderung junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in andere Regionen („Brain Drain“) betroffen seien. Das Instrumentarium zur Bewältigung des demografischen Wandels stützt sich auf EU-weit gesammelte Erfahrungen und vier Säulen: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Unterstützung und Empowerment der jüngeren Generationen; Unterstützung der älteren Generationen und staatliche Fürsorge für sie und gemanagte legale Migration. Als konkrete Handlungsvorschläge werden insbesondere folgende genannt: Nutzung digitaler Tools, Verbesserung digitaler Skills durch Bildung

und Training; EU-Finanzierungsinstrumente: Recovery and Resilience Facility (mit Förderung in mehreren der vier Säulen, u.a. Bildung, Gesundheit und soziale Infrastruktur), European Social Fund Plus, Horizon Europe; EU-Kohäsionspolitik: regulärer Austausch in der Expertengruppe zur Berücksichtigung demografischer Herausforderungen bei der Programmierung und Implementierung; Anregung an MS, im Rahmen der Mid-Term-Review der Kohäsionspolitik ihre Programme an demografische Herausforderungen anzupassen und Verbesserung von Statistiken zu demografischen Entwicklungen.

https://commission.europa.eu/system/files/2023-10/COM_2023_577_1_EN.pdf

Euro-Gipfel; Ergebnisse der Tagung am 27.10.2023

Am 27.10.2023 tagte der Euro-Gipfel im inklusiven Format (d.h. mit den Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedstaaten) am Rande des Europäischen Rates in Brüssel. Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), hat zur aktuellen geldpolitischen Lage in der Eurozone berichtet. Die kurze Erklärung des Euro-Gipfels gibt an, man habe die wirtschaftliche und finanzpolitische Lage erörtert. Die Inflation sei „nach wie vor ein Anlass für Besorgnis“. Die Eurogruppe soll die wirtschaftliche Entwicklung weiter beobachten; entscheidend sei die fortgesetzte enge Koordination der Wirtschaftspolitik. Regeln für die Koordinierung der nationalen Finanzpolitiken seien für eine wirksame politische Koordinierung in der Wirtschafts- und Währungsunion und für die Widerstandsfähigkeit und Stabilität der Wirtschaft des Euroraums und der EU insgesamt von wesentlicher Bedeutung. Die Staats- und Regierungschefs nehmen die laufenden Arbeiten der Eurogruppe zur Zukunft der europäischen Kapital- und Finanzmärkte zur Kenntnis. Sie wollen die Fortschritte auf dem März-ER 2024 überprüfen. Die Vollendung der Bankenunion soll fortgesetzt werden. Schließlich nehmen sie das von der Kommission vorgelegte Paket zur einheitlichen Währung und den Beschluss der EZB vom 18.10.2023, in die nächste Phase ihrer Sondierungsarbeiten zum digitalen Euro einzutreten, zur Kenntnis.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/euro-summit/2023/10/27/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates zur Lage im Nahen Osten

Am 15.10.2023 haben die Mitglieder des Europäischen Rates (ER) eine Erklärung angenommen, in der der gemeinsame Standpunkt der EU zu der sich abzeichnenden Lage im Nahen Osten festgelegt wurde. Die EU verurteilt in der Erklärung auf das Schärfste die Hamas und ihre brutalen und willkürlichen Angriffe in Israel und sie bedauert zutiefst den Verlust von Menschenleben. Es gebe keine Rechtfertigung für Terror. Die Mitglieder des ER betonen nachdrücklich, dass Israel das Recht habe, sich im Einklang mit dem Völkerrecht und dem humanitären Völkerrecht gegen solche gewalttätigen und willkürlichen Angriffe zu verteidigen. Sie bekräftigen, wie wichtig es sei, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht jederzeit den Schutz aller Zivilpersonen sicherzustellen. Sie fordern die Hamas auf, alle Geiseln ohne Vorbedingung unverzüglich freizulassen. Sie bekräftigten außerdem, wie wichtig die Bereitstellung dringender humanitärer Hilfe sei und sie seien bereit, die bedürftigsten Zivilpersonen im Gazastreifen in Abstimmung mit den Partnern weiterhin zu unterstützen, wobei sichergestellt wird, dass diese Unterstützung nicht von terroristischen Organisationen missbraucht wird. Eine regionale Eskalation solle unbedingt verhindert werden. Der ER setzt sich nach wie vor für einen dauerhaften und nachhaltigen Frieden auf der Grundlage der Zweistaatenlösung im Wege erneuerter Bemühungen im Nahost-Friedensprozess ein. Er betont, dass ein breit

angelegter Dialog mit den rechtmäßigen palästinensischen Behörden sowie mit regionalen und internationalen Partnern, die eine positive Rolle bei der Verhinderung einer weiteren Eskalation übernehmen könnten, erforderlich sei.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/15/statement-agreed-by-the-27-members-of-the-european-council-on-the-situation-in-the-middle-east/>

Gipfeltreffen des Berliner Prozesses in Tirana

Am 15. und 16.10.2023 fand im Rahmen des sogenannten Berlin-Prozesses ein Westbalkan-Gipfel in Tirana statt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nahm zusammen mit EU-Kommissar Oliver Várhelyi am dem Gipfeltreffen des Berliner Prozesses mit den Staats- und Regierungschefs der westlichen Balkanländer teil. Im Mittelpunkt des Gipfels stand der neue Wachstumsplan für die westlichen Balkanstaaten, der derzeit von der Kommission ausgearbeitet wird und darauf abzielt, den Menschen in den westlichen Balkanstaaten bereits jetzt einige der Vorteile der EU-Mitgliedschaft zukommen zu lassen. Die EU plant unter anderem, den Zugang der Westbalkanstaaten zum EU-Binnenmarkt schrittweise zu lockern. Von der Leyen hat ebenfalls im Anschluss an das Gipfeltreffen dazu aufgerufen, die Volkswirtschaften von EU und den Ländern des Westbalkans enger zusammenzubringen und Reformen für den EU-Beitritt zu beschleunigen. Außerdem warb sie für die wirtschaftliche Integration und Reformen seitens des Westbalkan.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_23_5044

Gipfeltreffen zwischen USA und EU

Am 20.10.2023 fand in den USA ein Gipfeltreffen zwischen der EU und den USA statt. Die Führungsspitzen der EU, die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel und der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell, kamen mit US-Präsident Joe Biden und US-Außenminister Antony Blinken in Washington zusammen. Ziel des Gipfeltreffens war es, die enge transatlantische Partnerschaft und die Bereiche der Zusammenarbeit innerhalb der Partnerschaft zu überprüfen. Am Ende des Gipfeltreffens verabschiedeten die Führungsspitzen eine gemeinsame Erklärung, die einen Fahrplan zur Untermauerung und weiteren Stärkung der Beziehungen für die kommenden Jahre enthält. Die Führungsspitzen erörterten ebenfalls die Lage im Nahen Osten sowie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Des Weiteren wurden die engen Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der EU und den USA sowie die Themen Klimawandel und Energie und grüner und digitaler Wandel angesprochen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2023/10/20/>

<https://www.consilium.europa.eu/media/67448/us-eu-statement-final.pdf>

Rat; Israel und Ukraine

Der Rat (Auswärtige Angelegenheiten) erörterte am 23.10.2023 unter anderem die Lage in Israel. Der Rat verurteilte erneut den Terroranschlag der Hamas und forderte die sofortige Freilassung der von der Hamas festgehaltenen Geiseln. Die Minister bestätigten, dass Israel das Recht habe, sich im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht zu verteidigen. Wichtig sei auch, eine humanitäre Krise im Gazastreifen so weit wie möglich zu vermeiden. Um dies zu erreichen, sei es absolut notwendig, dass humanitäre Hilfe geleistet wird und dass die Menschen, die sie brauchen, Zugang dazu haben. Die EU und ihre Mitgliedstaaten wollen weiterhin intensiv auf regionale Partner und internationale Akteure zugehen, um eine breitere regionale Eskalation zu verhindern. Schließlich hielt der Rat an seinem obersten Ziel fest, eine Zweistaatenlösung zu erreichen. Ein weiteres großes Thema war der russische

Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der Rat erörterte die kurz- und langfristige Unterstützung der Ukraine und wie den dringendsten Bedürfnissen der Ukraine am besten entsprochen werden kann, unter anderem durch mehr Luftabwehr und Munition. Anschließend tauschten sie sich über konkrete Vorschläge für das künftige Sicherheitsengagement der EU aus. Die Minister beschäftigten sich auch noch mit der Frage, wie die Friedensformel der Ukraine am besten unterstützt werden kann, um eine möglichst breite Unterstützung in den Vereinten Nationen zu erreichen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/10/23/>

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 16.-19.10.2023 in Straßburg

Entschließung zum Terrorangriff der Hamas gegen Israel

Am 19.10.2023 hat das EP die „abscheulichen Terrorangriffe“ der Hamas gegen Israel verurteilt und gleichzeitig seine Besorgnis über die humanitäre Lage im Gazastreifen zum Ausdruck gebracht. In der Entschließung, die mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 500 - 21 - 24 angenommen wurde, verurteilen die MdEP die „brutalen Angriffe“ aufs Schärfste, bekunden ihre Unterstützung für Israel und seine Bevölkerung und bekräftigen, „dass die terroristische Vereinigung Hamas zerschlagen werden muss“. Sie fordern auch die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller Geiseln und anerkennen das Recht Israels auf Selbstverteidigung "wie es im Völkerrecht verankert ist und durch dieses eingeschränkt wird". Dementsprechend müssen alle Maßnahmen Israels strikt mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar sein, heißt es in dem Text. Das EP betont auch, dass sowohl die Angriffe der Hamas als auch die israelische Reaktion die Gefahr bergen, dass es in der Region zu einer verstärkten Gewaltspirale kommt. Die MdEP fordern daher eine „humanitäre Pause“ und betonen, „dass Angriffe auf Zivilisten, darunter Arbeitskräfte der Vereinten Nationen, medizinische Fachkräfte und Journalisten, und auf zivile Infrastruktur einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen“. Die Entschließung verurteilt die Unterstützung des Irans für die Hamas und andere terroristische Gruppen im Gazastreifen aufs Schärfste. Die MdEP bekräftigen ihre Forderung, das gesamte Korps der Islamischen Revolutionsgarde des Iran und die libanesische Hisbollah in die EU-Liste terroristischer Vereinigungen aufzunehmen. Außerdem fordert das EP eine „gründliche Untersuchung der Rolle, die Iran und anderen Ländern wie Katar und Russland bei der Finanzierung und Unterstützung des Terrorismus in der Region zukommt. Während sie eine starke Unterstützung für die Ausdehnung der humanitären Hilfe für den Gazastreifen zum Ausdruck bringen, fordern die MdEP die Europäische Kommission auch nachdrücklich auf, eine gründliche Überprüfung der gesamten finanziellen Unterstützung der EU für die Palästinensischen Gebiete und die Region einzuleiten, um sicherzustellen, dass mit EU-Mitteln weder direkt noch indirekt terroristische Vereinigungen finanziert werden. Gleichzeitig unterstreichen sie, dass aus dem Haushalt der EU weiterhin Unterstützung geleistet werden muss, um Frieden und Stabilität in der Region zu schaffen, Hass und Fundamentalismus zu bekämpfen und die Menschenrechte zu fördern. Schließlich äußert das EP seine Besorgnis darüber, dass die antisemitischen Reden, Kundgebungen und Angriffe, die sich gegen jüdische Menschen richten, seit Beginn der Terroranschläge der Hamas zugenommen haben. Es fordert die Kommission und alle Mitgliedstaaten auf, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit der jüdischen Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0373_DE.html

Eine langfristige Lösung für den Finanzierungsbedarf der Ukraine

Das EP nahm am 17.10.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) und MdEP Eider Gardiazabal Rubial (S&D/ESP) seinen Standpunkt zur vorgeschlagenen Ukraine-Fazilität mit einer Mehrheit von 512 - 45 - 63 an. Die Ukraine-Fazilität ist Teil der laufenden Überarbeitung des EU-Langzeithaushalts. Dieser muss angepasst werden, da das Budget wegen der zahlreichen Krisen seit 2021 bereits weitgehend aufgebraucht ist. Die MdEP drängen darauf, so rasch wie möglich eine Einigung über die Fazilität sowie die Anpassung des Haushalts zu erzielen, da es sonst ab 2024 keine Bestimmungen für die Unterstützung der Ukraine gibt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0363_DE.html

Sacharow-Preises 2023 geht an Jina Mahsa Amini und die Frauen-, Lebens- und Freiheitsbewegung im Iran

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2023 wird an Jina Mahsa Amini und die Frauen-, Lebens- und Freiheitsbewegung im Iran verliehen. EP-Präsidentin Roberta Metsola gab den Preisträger 2023 am 19.10.2023 bekannt. Metsola erklärte: „Am 16. September war der Jahrestag des Mordes an Jina Mahsa Amini im Iran. Das Europäische Parlament steht an der Seite der Tapferen und Aufständischen, die weiter für Gleichberechtigung, Würde und Freiheit im Iran kämpfen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich auch aus dem Gefängnis heraus für die Frauen-, Lebens- und Freiheitsbewegung einsetzen. Indem wir ihnen den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2023 verleihen, erinnert dieses Haus an ihren Kampf und ehrt weiterhin all jene, die ihr Leben für die Freiheit geopfert haben.“ Die offizielle Preisverleihung findet am 13.12.2023 im Plenarsaal in Straßburg statt.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231013IPR07134/sacharow-preis-2023-fur-jina-mahsa-amini-und-die-frauenprotestbewegung-im-iran>

EU-Haushalt 2024: EP-Position vor den Verhandlungen mit dem Rat

Das EP fordert einen Haushalt, der besser darauf vorbereitet ist, die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zu bewältigen und KMU, Jugend und Forschung zu unterstützen. In ihrem Verhandlungsmandat, das im Rahmen des Berichts von MdEP Siegfried Mureşan (EVP/ROM) und MdEP Nils Ušakovs (S&D/LET) am 18.10.2023 angenommen wurde, haben die MdEP die Mittel für alle vom Rat gekürzten Linien wieder eingesetzt. Darüber hinaus fordern die MdEP eine deutliche finanzielle Aufstockung für „Horizont Europa“ (Forschungsprogramm), Erasmus+, Klimaschutz, Verkehrsinfrastruktur, die Länder in der EU-Nachbarschaft und humanitäre Hilfe. Das Verhandlungsmandat wurde mit einer Mehrheit von 424 - 101 - 102 angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0367_DE.html

Serbien und Kosovo müssen Dialog wieder aufnehmen

Am 19.10.2023 nahmen die MdEP eine EntschlieÙung zur Lage im Norden des Kosovo nach den tödlichen Ereignissen vom 24.09.2023 an. In der EntschlieÙung erklären die MdEP, dass die serbische Regierung eine sehr gefährliche Politik gegenüber dem Kosovo und seinen westlichen Partnern verfolgt. Das EP verurteilt auf das Schärfste "den abscheulichen und feigen terroristischen Angriff auf kosovarische Polizisten durch gut organisierte serbische Paramilitärs" in Banjska/Banjskë am 24.09.2023 und fordert alle Seiten auf, die Situation im Nordkosovo zu deeskalieren.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0372_DE.html

Ansprache des armenischen Premierminister Nikol Pashinyan

Der armenische Premierminister Nikol Pashinyan hielt am 17.10.2023 eine Ansprache vor den MdEP. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Krisen, mit denen Armenien in

den letzten Jahren konfrontiert war, verteidigte Pashinyan die demokratischen Grundsätze und erinnerte an die Folgen des Krieges mit Aserbaidschan im Jahr 2020 und die anschließenden grenzüberschreitenden Angriffe und Einfälle aserbaidschanischer Truppen in Armenien in den Jahren 2021 und 2022. Unter Bezugnahme auf den jüngsten Angriff Aserbaidschans und die Rückeroberung der Region Berg-Karabach sagte er, Baku habe damit "seine seit langem betriebene Politik der ethnischen Säuberung" fortgesetzt. Er beschrieb auch die schreckliche humanitäre Situation, die durch die lange Blockade des Lachin-Korridors durch Aserbaidschan entstanden ist, und erteilte Moskau als vermeintlicher Schutzmacht eine scharfe Rüge.
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-10-17-ITM-005_DE.html

Katastrophenschutzverfahren der Union – Verlängerung des Übergangszeitraums

Das EP nahm am 17.10.2023 den Bericht von MdEP Sara Cerdas (S&D/PTL) über den Vorschlag für eine Änderung der Entscheidung Nr. 1313/2013/EU über das Katastrophenschutzverfahren der Union an. Damit legte das EP seinen Standpunkt in erster Lesung fest und übernahm den Vorschlag der Kommission. In dem Vorschlag der Kommission wird angeregt, das Ende des in Artikel 35 des Beschlusses über das Katastrophenschutzverfahren der Union (EUKPM) genannten Übergangszeitraums vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2027 zu verlängern, um sicherzustellen, dass die EU parallel zum schrittweisen Aufbau der ständigen europäischen Luftflotte zur Waldbrandbekämpfung zusätzliche Luftkapazitäten für die Rettung der EU im Rahmen des EUKPM erhalten kann.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0360_DE.html

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 18./19.10.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei fanden Abstimmungen über folgende Stellungnahmeentwürfe statt: "Bericht über die Wettbewerbspolitik 2022" sowie „EU-Rechtsakt zur Cybersolidarität und zur digitalen Resilienz“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=201770&meetingSessionId=2253214>

W i r t s c h a f t

Kommission; Sondierungen zur Halbzeitbewertung des Weltraumprogramms

Die Kommission hat am 12.10.2023 eine Sondierung im Kontext der für das zweite Quartal 2024 geplanten Halbzeitbewertung des Weltraumprogramms bekannt gegeben, die bis 09.11.2023 die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme bietet. Das EU-Weltraumprogramm für den Zeitraum 2021 bis 2027 gliedert sich in die Komponenten Galileo und EGNOS (European Geostationary Navigation Overlay Service) für die Satellitennavigation, Copernicus für die Erdbeobachtung, Weltraumlageerfassung (SSA) für die Weltraumüberwachung und GOVSATCOM für die Satellitenkommunikation sowie horizontale Maßnahmen wie CASSINI zur Unterstützung des Unternehmertums. Mit dem EU-Weltraumprogramm werden Raumfahrtaktivitäten der EU mit einem Volumen von ca. 14,9 Mrd. EUR gefördert.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13948-Mid-term-evaluation-of-the-Space-Programme_de

Kommission; Mitteilung über die EU-Initiativen zur Förderung von Investitionen in saubere Technologie

Die Kommission hat am 24.10.2023 in einer Mitteilung dargelegt, was die EU bislang zur Förderung der Entwicklung und Einführung sauberer Technologien unternommen hat, wie z.B. durch die Stärkung des Binnenmarkts, die Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen, die Unterstützung von Forschung und Innovation, die Ausweitung ihres Netzes von Handelsabkommen oder auch die Abmilderung der Auswirkungen externer handelspolitischer Entwicklungen. Zudem geht die Kommission in der Mitteilung auch auf erste Folgen des Inflation Reduction Act (IRA) der USA ein. In diesem Zusammenhang betont sie, wie wichtig ist es sei, die Lage weiterhin zu beobachten und konstruktiv auf die USA zuzugehen. Neben dem IRA gebe es eine Reihe von weiteren Elemente, die die künftige Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie im Bereich sauberer Technologien beeinflussen, wie u.a. die Energieversorgung, die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, eine angemessene private und öffentliche Finanzierung, Rohstoffe, die andauernde Handelsoffenheit und ein unternehmerfreundliches Geschäftsumfeld. Daher werde es auch entscheidend auf ein nachhaltiges, entschlossenes und kohärentes politisches Handeln ankommen.
https://commission.europa.eu/publications/report-eu-policy-initiatives-promotion-investments-clean-technologies_en

Kommission: Neue Initiative zur Stärkung der öffentlichen Verwaltungen

Die Kommission hat am 25.10.2023 im Rahmen ihrer neuen Initiative zur Stärkung des europäischen Verwaltungsraums (ComPAct) 25 konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die dazu beitragen sollen, dass die öffentlichen Verwaltungen den Bedürfnissen der Menschen und der Unternehmen in der EU besser gerecht werden. Mit der ComPAct-Initiative will die Kommission zum ersten Mal ein umfassendes Maßnahmenpaket für die Modernisierung der Verwaltungen in den Mitgliedstaaten und für eine stärkere länderübergreifende Zusammenarbeit einführen. Aus Sicht der Kommission können eine bessere Umsetzung der Politik der EU und der Mitgliedstaaten sowie eine effizientere Verwaltung den Erwartungen an weniger bürokratische Hürden und mehr Transparenz gerecht werden. Damit könnten aus Sicht der Kommission die Bürgerinnen und Bürgern sowie die Unternehmen jährlich Milliarden Euro sparen. Die Kommission sieht dafür drei Säulen vor. Die erste Säule betrifft die Agenda für Kompetenzen in der öffentlichen Verwaltung, so z.B. der Austausch von Wissen und bewährten Verfahren. Die zweite Säule befasst sich mit der Kapazität für Europas digitale Dekade. Bei der dritten Säule geht es um die Fähigkeit zur Übernahme einer Führungsrolle beim grünen Wandel. Die Initiative enthält zugleich auch eine Reihe gemeinsamer übergreifender Grundsätze für leistungsstarke öffentliche Verwaltungen.
https://commission.europa.eu/about-european-commission/departments-and-executive-agencies/structural-reform-support/enhancing-european-administrative-space-compact_de

EP; ESA; Debatte „Copernicus4Regions“

Am 25.10.2023 fand im EP eine Lunch-Debatte zu „Copernicus4regions“ statt. Die Veranstaltung wurde auf Einladung von MdEP Adam Jarubas (EVP/POL) im EP ausgerichtet. Beleuchtet wurde die zentrale Rolle des Copernicus-Programms (Erdbeobachtungsprogramm der EU) bei der Gestaltung des Green Deals in den Regionen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, wie die Copernicus-Daten und ihre Dienste zur Umsetzung von EU-Politiken, wie den Zielen des Green Deal, aber auch der Sicherheit Europas beitragen können. Anhand von drei konkreten Beispielen aus Regionen wurde mit den anwesenden MdEP diskutiert, wie diese Daten von den Bürgerinnen und Bürger in den Regionen, aber auch die öffentliche Verwaltung genutzt werden können und auch welche Anforderungen von Seiten der

Nutzer an diese Daten gestellt werden. Die Initiative Copernicus4Regions untersucht, wie es anderen Regionen in Europa gelungen ist, gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen, zeigt die Vorteile des Copernicus-Programms auf und lädt daher weitere Regionen ein, sich am Copernicus-Ökosystem zu beteiligen. Die Initiative wird vom Netzwerk der europäischen Regionen, die Raumfahrttechnologien nutzen (NEREUS), im Rahmen eines Vertrags mit der Europäischen Weltraumorganisation und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union in Zusammenarbeit mit NEREUS verwaltet. NEREUS hat seinen Sitz im Mehr-Regionen-Haus.

[Copernicus4regions-lunch-debate-PROGRAMME-Wednesday-25-October-2023-12h30-15h00-Members-salons-EP-Brussels_13102023.pdf \(nereus-regions.eu\)](https://www.nereus-regions.eu/Copernicus4regions-lunch-debate-PROGRAMME-Wednesday-25-October-2023-12h30-15h00-Members-salons-EP-Brussels_13102023.pdf)

Kommission; Erster Weltraumdialog der EU mit der Afrikanischen Union

Vom 24.10 bis 26.10.2023 fand der erste Weltraumdialog zwischen der Afrikanischen Union und der EU in Dakar, Senegal, statt. Die Teilnehmer tauschten sich über ihre jeweiligen politischen Prioritäten im Bereich der Raumfahrt aus. Sie erörterten die wichtigsten Aspekte der Zusammenarbeit im Weltraum wie Erdbeobachtung, Satellitennavigation und Satellitenkonnektivität aus. Die EU stellte ihren afrikanischen Partnern u.a. die EU-Satellitenkonstellation IRIS² (Infrastructure for Resilience, Interconnection and Security by Satellites) vor. Der Weltraumdialog dient dazu, einen regelmäßigen Austausch und die konkrete Zusammenarbeit zwischen der Afrikanischen Union und der EU in Weltraumfragen zu etablieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_23_5322

V e r k e h r

Kommission; Zahl der Verkehrstoten 2022 gestiegen

Die Kommission veröffentlichte am 19.10.2023 die Zahl der Verkehrstoten auf den Straßen der EU. 20.640 Verkehrstote in 2022 bedeuten einen Anstieg von 4% gegenüber 2021. Dies wird damit begründet, dass sich das Verkehrsaufkommen nach der Pandemie erholt hat. Der langfristige Trend sei rückläufig (minus 9% im Vergleich zum letzten Jahr vor der Pandemie 2019).

https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/road-safety-20640-people-died-road-crash-last-year-progress-remains-too-slow-2023-10-19_de

Kommission; Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“

Die Kommission veröffentlicht am 26.10.2023 eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Fazilität "Connecting Europe" (CEF) für den Bereich Verkehr. Über 7 Mrd. EUR stehen im Rahmen dieser Ausschreibung für Projekte zur Verfügung, die neue, modernisierte und verbesserte europäische Verkehrsinfrastrukturen im transeuropäischen Verkehrsnetz (TEN-V) und den Schienenverkehr, die Binnenschifffahrt, See- oder Binnenhäfen oder Straßen fördern sollen. Förderfähig sind auch Projekte, die die Solidaritätsrouten zwischen der EU und der Ukraine unterstützen und die zur Erleichterung der ukrainischen Exporte und Importe eingerichtet wurden. Einrichtungen aus der Ukraine und der Republik Moldau können sich mit dieser Aufforderung zum ersten Mal direkt um EU-Mittel bewerben. Die Frist für die Einreichung der Vorschläge endet am 30.01.2024.

https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/sustainable-transport-eu7-billion-available-key-infrastructure-projects-under-connecting-europe-2023-09-26_en

Energie

Rat; Allgemeine Ausrichtung zum Elektrizitätsbinnenmarkt

Am 17.10.2023 erreichten die Energieministerinnen und Energieminister eine allgemeine Ausrichtung zur Verordnung zur Änderung der Verordnungen (EU) 2019/943 und (EU) 2019/942, sowie der Richtlinien (EU) 2018/2001 und (EU) 2019/944 zur Verbesserung der Gestaltung der Elektrizitätsmärkte in der EU.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14339-2023-INIT/de/pdf>

EuG; Urteil zum Kommissionsbeschluss zur marktbeherrschenden Stellung der Bulgarian Energy Holding

Am 25.10.2023 urteilte das Gericht der EU in der Rechtssache T-136/19 Bulgarian Energy Holding (BEH) gegen die Kommission und erklärt den Beschluss der Kommission für nichtig, wonach die BEH-Gruppe ihre beherrschende Stellung missbraucht habe, indem sie den Zugang zu strategischen Gasinfrastrukturen in BUL verweigert habe.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=279061&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3483682>

Kommission; Aktionsplan für Windenergie

Die Kommission hat am 24.10.2023 ein Paket von Maßnahmen zur Unterstützung der Windenergie in Europa vorgelegt, das auch die anderen sauberen Energien unterstützen soll. Trotz der erheblichen Zuwächse bei Ausbau und Beschleunigung der Genehmigungen durch bisherige Maßnahmen sind die Ausbauziele mit der bisherigen Geschwindigkeit des Ausbaus nicht erreichbar. Die Kommission möchte den Zugang zu Kapital verbessern und ausreichende Kapazitäten für Fachkräfte im Windenergiesektor schaffen, sowie die Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen. Außerdem will die Kommission den Zugang zu dringend benötigten Rohstoffen weiter verbessern und vereinfachen.

https://energy.ec.europa.eu/publications/communication-delivering-eu-offshore-renewable-energy-ambition_de

https://energy.ec.europa.eu/publications/european-wind-power-action-plan_de

Digital

Kommission; Konsultation zu KI-Leitprinzipien der G7-Staaten

Die Kommission hat vom 13.10. bis 20.10.2023 eine Konsultation zu einem Entwurf internationaler Leitlinien für Künstliche Intelligenz (KI) durchgeführt. Der Entwurf wird im Kreis der G7-Staaten (DEU, FRA, ITA, Japan, Kanada, GBR und die USA) unter Leitung von Japan erarbeitet. Er führt elf Leitprinzipien auf, die auch KI-Basismodelle und generative KI abdecken, und die Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit der Technologie fördern sollen. Auf dieser Grundlage wollen die G7-Mitglieder einen Verhaltenskodex entwickeln, der Organisationen, die KI entwickeln, einsetzen und nutzen, als Orientierungshilfe dienen soll. Die Staats- und Regierungschefs der G7 sollen den freiwilligen internationalen Verhaltenskodex für KI bis Ende des Jahres billigen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/international-draft-guiding-principles-organizations-developing-advanced-ai-systems>

Rat; Ergebnisse informelle Ministertagung „Telekommunikation“

Auf dem informellen Ministertreffen „Telekommunikation“ in León (ESP) am 23. und 24.10.2023 einigten sich die Minister der Mitgliedstaaten für Telekommunikation und Digitalisierung auf die erste gemeinsame europäische Erklärung zur Weiterentwicklung der Neurotechnologie. Diese Erklärung soll insbesondere Investitionen sowie die öffentlich-private Zusammenarbeit fördern, aber auch die digitalen Rechte bei der Entwicklung von Neurotechnologien schützen. Zudem standen die Herausforderungen des Telekommunikationssektors im Mittelpunkt des Treffens, insbesondere die Ergebnisse der Sondierungskonsultation der Kommission über die Zukunft des Sektors. Kommissar Breton kündigte an, dass auf der Grundlage der Konsultation direkt nach dem Treffen in León mit der Arbeit an einem Weißbuch zum Thema begonnen werde. Der Schutz der Netze (insbesondere der Unterseekabel) und des Cyberspace, die künstliche Intelligenz, die Spitzeninformatik und die Satelliten seien einige der Themen des Weißbuchs.

<https://spanish-presidency.consilium.europa.eu/en/events/informal-meeting-of-telecommunications-ministers-23-2410>

Kommission; Delegierte Verordnung für DSA-Audits angenommen

Die Kommission hat am 20.10.2023 im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (Digital Services Act/DSA) eine delegierte Verordnung mit Regeln für unabhängige Prüfungen (Audits) angenommen. Mit den Audits soll mindestens einmal jährlich beurteilt werden, ob sehr große Online-Plattformen (Very Large Online Platforms/VLOP) und sehr große Online-Suchmaschinen (Very Large Online Search Engines/VLOSE) die DSA-Bestimmungen einhalten. Den Anbietern von VLOPs und VLOSEs sowie den Prüforganisationen gibt dieser delegierte Rechtsakt bei der Erstellung und Veröffentlichung von Prüfungsberichten und Prüfungsdurchführungsberichten einen verbindlichen Rahmen vor. Am 25.04.2023 hatte die Kommission die ersten VLOPs und VLOSEs im Rahmen des DSA benannt - 17 sehr große Online-Plattformen und zwei sehr große Online-Suchmaschinen, die jeweils mindestens 45 Millionen aktive Nutzer monatlich erreichen. Der DSA schreibt vor, dass der geprüfte Anbieter die Berichte spätestens innerhalb von drei Monaten nach Erhalt an die Kommission sowie die nationale DSA-Koordinierungsstelle im Niederlassungsmitgliedstaat übermitteln und in einem leicht zugänglichen Bereich seines Online-Angebotes veröffentlichen muss.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-adopts-rules-independent-audits-under-digital-services-act>

F o r s c h u n g

Kommission; Forschungsrat; ERC; Bekanntgabe der Synergy-Grants;

Am 26.10.2023 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) die Ergebnisse der jüngsten Förderrunde der ERC-Synergy-Grants bekannt gegeben. Der ERC ist eine Forschungsagentur der Kommission, die wettbewerblich Grants für Forschende aus dem Programm Horizont Europa vergibt. Die Synergy Grant-Förderlinie richtet sich an Gruppen von zwei bis max. vier Forschenden, die zusammenarbeiten und unterschiedliche Fähigkeiten einbringen. In dieser Förderrunde erhalten 37 Forschungsgruppen insgesamt 395 Mio. EUR, um einige der weltweit drängendsten Forschungsprobleme zu lösen. EU-Forschungskommissarin Iliana Ivanova und Prof. Maria Leptin, Präsidentin des ERC, gratulierten den erfolgreichen Forschungsteams. Die Mitgliedstaaten, in denen die meisten Projekte durchgeführt werden, sind: DEU (27) und FRA (12). Auch hessische Forschende waren erfolgreich: Gefördert werden

Michael Hiller von der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung in Frankfurt (Projekt: „Von Fledermäusen lernen: Neue Strategien zur Verlängerung der Lebenserwartung und Verbesserung der Krankheitsresistenz“) sowie zwei Forschende der TU Darmstadt: Alexander Friedrich für das Projekt „CultCryo“ und Andreas Dreizler für das Projekt „Wasserstoff unter Druck“. Die Projekte sollen zu Entdeckungen an der Schnittstelle zwischen etablierten Disziplinen und zu substantiellen Fortschritten führen. Die Förderung kann für bis zu 6 Jahre beantragt werden mit einem Budget von 10 Mio. EUR. Es ist für die Forschungsteams möglich, zusätzlich Fördergelder in Höhe von bis zu 4 Mio. EUR zu beantragen.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/erc-2023-synergy-grants-results>

Kommission; Forschung; Strategieplan für Energietechnologie

Am 20.10.2023 hat die Kommission einen neuen Strategieplan zum Thema Energietechnologie (SET-Plan) verabschiedet, der sich aus dem Kontext des Green Deal, der Netto-Null-Industrie-Verordnung und dem Ziel der größeren Energieunabhängigkeit der EU ableitet. Der neue Plan wird eine wichtige Rolle für Forschungs- und Innovationsmaßnahmen im Bereich der Energietechnologien spielen. Das übergeordnete Ziel des SET-Plans besteht darin, für alle relevanten Akteure auf EU-Ebene eine gemeinsame Vision und gemeinsame Ziele zum Voranbringen sauberer Technologien zu verwirklichen. Leitmarke ist die Realisierung der EU-Dekarbonisierungsziele. Der aktuelle SET-Plan stammt noch aus dem Jahre 2015. Die Strategie der EU sieht nun neue Prioritäten und Themen vor, um saubere Technologien voranzubringen. Dazu gehört u.a. die Ausweitung der SET-Tätigkeiten auf Technologien für Onshore-Windenergie und für Geothermie im niedrigen und mittleren Temperaturbereich. Vorgesehen ist auch die Ausweitung des derzeitigen Technologiespektrums auf alle strategischen Technologien im Bereich der Erneuerbaren. So wird z.B. das Themenspektrum Photovoltaik, konzentrierte und nicht-konzentrierte Solarthermie umfassender gestaltet. Ein besonderer Fokus wird darüber hinaus dem Thema Wasserstoff gewidmet, v.a. grüner Wasserstoff. Intelligenter Energieverbrauch, Energieeffizienz und z.B. Plus-Energie-Quartiere sind weitere neue Aspekte. Zudem soll die Kooperation von Partnerschaften und Allianzen untereinander gestärkt werden, etwa der Batterie-Allianz, der Allianz für sauberen Wasserstoff und der Photovoltaikindustrie.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/system/files/2023-10/com_2023_634_1_de_act_part1.pdf

Kommission; Forschungsrat; ERC; Verlängerung der Antragsfristen

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 18.10.2023 bekannt gegeben, dass bestimmte laufende Fristen für Förderausschreibungen aktuell verlängert werden. Der ERC ist eine Agentur der Kommission, die wettbewerblich Grants für Forschende vergibt. Hintergrund für die Fristverlängerung sind die Folgen des terroristischen Angriffs der Hamas, die sehr negative Folgen für Antragstellende bedeuten, nicht zuletzt für die israelische Forschungscommunity. Israel ist an das EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa assoziiert. Die Deadline des Starting Grant Calls wird nun um zwei Wochen verlängert und auf den 07.11.2023 verschoben. Die Deadline des Synergy Grant Calls wiederum wird auf den 15.11.2023 verschoben. Für den European Innovation Council (EIC) gilt folgende Terminänderung: Der EIC-Accelerator wird vom 19.10.2023 bis 08.11.2023 verlängert.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/extension-deadlines-erc-grant-applications>

Kommission; Horizont Europa; Personalisierte Medizin; Partnerschaft

Am 25.10.2023 hat die Kommission den Start der neuen Partnerschaft zum Thema Personalisierte Medizin bekannt gegeben und eine neue entsprechende Webseite

eingerrichtet. Die Partnerschaft wird aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa finanziert. Partner aus der Industrie sowie Mitgliedstaaten tragen finanziell zur Durchföhrung bei. Dieses öffentlich-private Förderinstrument mit dem Namen „EP PerMed“ umfasst mehr als 50 Partner und zielt darauf ab, sämtliche Bereiche der Präzisionsmedizin in Europa zu fördern sowie Innovation und Transfer sowie eine Konsolidierung in den Gesundheitssystemen der EU zu erleichtern. Die Partnerschaft ist auf 10 Jahre angelegt und verfügt über ein vorgesehenees Gesamtbudget von rund 370 Mio. EUR. Die Partnerschaft wird vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) koordiniert. Die Kommission erhofft sich von der Partnerschaft Impulse für Forschung und Innovation im Bereich der Präzisionsmedizin.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/launch-european-partnership-personalised-medicine-2023-10-25_en

Finanzdienstleistungen

Rat; Ernennung von Claudia Buch zur Vorsitzenden des EZB Aufsichtsgremiums

Der Rat hat am 19.10.2023 einen Beschluss zur Ernennung von Claudia Buch zur Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums der Europäischen Zentralbank angenommen. Sie wird das Amt am 01.01.2024 für die Dauer von fünf Jahren übernehmen. Sie ist derzeit Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank und wird Andrea Enria ablösen, der den Vorsitz des EZB-Aufsichtsgremiums seit dem 01.01.2019 innehatte. Die EZB hat die direkte Aufsicht über die wichtigsten Banken im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM). Derzeit unterstehen 109 Banken der direkten Aufsicht der EZB.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13554-2023-INIT/en/pdf>

Rat; Annahme der Verordnung zur Schaffung eines europäischen Standards für grüne Anleihen

Der Rat hat am 24.10.2023 die Verordnung zur Schaffung eines europäischen Standards für grüne Anleihen formal angenommen. Der EU Green-Bond-Standard ist ein freiwilliger Standard, dessen Bezeichnung „europäische grüne Anleihe“ allen Emittenten – sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU – die die Anforderungen des Vorschlags erfüllen, zur Verfügung stehen soll. Diese sollen ihre Emissionserlöse grundsätzlich taxonomiekonform verwenden und darüber vor der Emission sowie während ihrer Laufzeit eine umfassende Transparenz schaffen. Die Verordnung tritt nunmehr endgültig 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Europäischen Amtsblatt in allen Mitgliedstaaten in Kraft

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/10/24/european-green-bonds-council-adopts-new-regulation-to-promote-sustainable-finance/>

Kommission; EBA; EIOPA und ESMA; Bericht zu den Kriterien zur Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörden

Die drei europäischen Aufsichtsbehörden Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und betriebliche Altersversorgung (EIOPA) und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) haben am 25.10.2023 als Bericht ihre gemeinsamen Kriterien zur Unabhängigkeit der nationalen Aufsichtsbehörden veröffentlicht. Erstes Prinzip ist die operative Unabhängigkeit. Die Aufsichtsbehörden arbeiten ohne jede Form von unzulässiger Einflussnahme durch den beaufsichtigten Sektor und die Regierungen und verfügen über angemessene rechtliche Befugnisse und operative

Ressourcen. Das zweite Prinzip betrifft die persönliche Unabhängigkeit. Dies beinhaltet transparente Regeln für Ernennung, Auswahl und Abberufung der Mitglieder des Leitungsorgans der Aufsichtsbehörde und hohe ethische Standards für das Personal. Das dritte Prinzip ist die finanzielle Unabhängigkeit. Es beinhaltet, dass Aufsichtsbehörden über ausreichende finanzielle Mittel verfügen müssen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Das vierte Prinzip ist Rechenschaftspflicht und Transparenz.

https://www.eiopa.europa.eu/publications/joint-european-supervisory-authorities-criteria-independence-supervisory-authorities_en

EZB; Umfrage zur Kreditvergabe der Banken im Euroraum vom Oktober 2023

Die EZB veröffentlichte am 24.10.2023 Ergebnisse einer Umfrage zur Kreditvergabe der Banken im Euroraum vom Oktober. Demnach wurden die Kreditstandards - d. h. die internen Richtlinien oder Kreditgenehmigungskriterien der Banken - für Kredite oder Kreditlinien an Unternehmen im dritten Quartal 2023 weiter verschärft (Nettoanteil der Banken von 12%, nach 14% im zweiten Quartal 2023). Die kumulative Nettoverschärfung seit 2022 ist beträchtlich, was mit der anhaltenden deutlichen Abschwächung der Kreditvergabedynamik im Einklang steht. Der prozentuale Anteil der Banken, die eine Verschärfung der Kreditvergabe meldeten, ging im Vergleich zum Vorquartal leicht zurück, war jedoch etwas höher als von den Banken im Vorquartal erwartet. Die Banken meldeten auch eine weitere Nettoverschärfung ihrer Kreditstandards für Wohnungsbaukredite an private Haushalte sowie für Verbraucherkredite und sonstige Kredite an private Haushalte (Nettoprozentsätze von 11% bzw. 16%). In beiden Fällen übertraf dies die früheren Erwartungen deutlich. Das Tempo der Nettoverschärfung bei Wohnungsbaukrediten hat sich im Vergleich zum zweiten Quartal sogar noch erhöht, während es sich bei Verbraucherkrediten und sonstigen Krediten leicht abschwächte.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2023/html/ecb.pr231024~c42cea39db.en.html>

F i n a n z e n

Rat; Sitzung der Euro-Gruppe am 16.10.2023 im inklusiven Format

Die Ministerinnen und Minister der Euro-Gruppe führten mit Janet Yellen, Finanzministerin der USA, einen Gedankenaustausch über die weltwirtschaftlichen Aussichten und Risiken. Es ging dabei um die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses über die kurz- und langfristigen Herausforderungen. Zudem stand ein Austausch über die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik auf der Tagesordnung. Zoé Fabian, Managing Director im Growth Team von Eurazeo und Sebastian Siemiatkowski, Mitbegründer und Geschäftsführer von Klarna berichteten als externe Gäste über ihre jeweiligen Erfahrungen bezüglich des Zugangs zu Finanzmitteln und Investitionen an den Kapitalmärkten. Ziel der Beratungen war es, Lösungen für die Mobilisierung von Finanzmitteln auf den EU-Kapitalmärkten zu finden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2023/10/16/>

Rat; Ergebnisse der ordentlichen Tagung der Euro-Gruppe am 16.10.2023

Die Euro-Gruppe befasste sich auf ihrer Sitzung am 16.10.2023 mit den Prioritäten des Euro-Raums im Rahmen der Aufbau- und Resilienzpläne und der Umsetzung der Empfehlungen für den Euro-Raum für 2023. Zudem zog die Euro-Gruppe eine Bilanz über Fortschritte beim Projekt der etwaigen Einführung eines digitalen Euro.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2023/10/16/>

Rat; Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität

Der Rat Wirtschaft und Finanzen hat sich am 17.10.2023 mit der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) befasst. Der Rat hat in diesem Zusammenhang auch die Durchführungsbeschlüsse zur Billigung der geänderten Aufbau- und Resilienzpläne von CZR, ESP, NDL, PTL und SLO angenommen. Es wird erwartet, dass jeder der 27 Mitgliedstaaten im Laufe dieses Jahres mindestens einmal Änderungen seines nationalen Aufbau- und Resilienzplans vorlegen wird, um Zugang zu den neuen Finanzhilfen zu erhalten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/17/recovery-fund-council-greenlights-updated-national-plans-for-czechia-spain-netherlands-portugal-and-slovenia/>

Rat; Sitzung Wirtschaft und Finanzen zur wirtschaftspolitischen Steuerung

Der Rat Wirtschaft und Finanzen befasste sich auf seiner Tagung vom 17.10.2023 im Gesetzgebungsbereich mit der Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung. Der Rat zog diesbezüglich eine Bilanz der Fortschritte bei der Reform des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung. Die Reform umfasst drei Vorschläge: Erstens geht es um eine Verordnung über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die multilaterale haushaltspolitische Überwachung. Zweitens handelt es sich um eine Verordnung über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit sowie drittens eine Richtlinie über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten. Die Fortschritte bei der Umsetzung der Richtlinien für Finanzdienstleistungen wurden vom Rat begrüßt. Ferner hat der Rat eine Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung angenommen. Mit der Richtlinie wird der bestehende Rechtsrahmen in diesem Bereich gestärkt, indem der Anwendungsbereich der Registrierungs- und Meldepflichten und die allgemeine Zusammenarbeit der Steuerbehörden ausgeweitet werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2023/10/17/>

Rat; Sitzung Wirtschaft und Finanzen im nichtlegislativen Bereich

Der Rat Wirtschaft und Finanzen führte am 17.10.2023 einen Meinungs austausch über den aktuellen Stand der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Aggression Russlands gegen die Ukraine durch. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Wirtschafts- und Haushaltslage in der Ukraine, die auf der Grundlage von Beiträgen der Kommission und des Ratsvorsitzes erörtert wurde. Zudem billigte der Rat im Vorfeld der Konferenz der Vertragsparteien des VN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen 2023 (COP 28) vom 30.11 bis 12.12.2023 Schlussfolgerungen zur Finanzierung der Klimapolitik. Darüber hinaus haben Ratsvorsitz und Kommission dem Rat die wichtigsten Ergebnisse des G20-Treffens der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten vom 11. bis zum 13.10.2023 vorgestellt. Außerdem hat der Rat im Zusammenhang mit der regelmäßigen Überarbeitung der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke einen Bericht der Gruppe „Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)“ erhalten. Der Rat billigte die Überarbeitung der EU-Liste.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2023/10/17/>

EuG; Urteil zu zusätzlichen Zöllen auf bestimmte Waren aus den USA

Mit Urteil vom 18.10.2023 entschied das Gericht der EU (EuG) in der Rechtssache T-402/20 Zippo Manufacturing u. a. gegen die Kommission, dass die Durchführungsverordnung (EU) 2020/502 der Kommission vom 06.04.2020 über bestimmte handelspolitische Maßnahmen in Bezug auf bestimmte Waren mit Ursprung in den USA teilweise nichtig ist und zwar insoweit sie die unter der kombinierten

Nomenklatur (KN-Code) 9613 80 00 fallenden Waren betrifft. Mit der o.a. Durchführungsverordnung wurden Maßnahmen eingeführt, die einen zusätzlichen Wertzoll auf bestimmte Waren aus den USA beinhalteten. Sie seien eine Reaktion auf die von den USA eingeführten Schutzzölle auf bestimmte derivative Aluminiumerzeugnisse und bestimmte derivative Stahlerzeugnisse. Zippo Manufacturing, ein Feuerzeug-Hersteller aus den USA, beantragte beim EuG, diese Durchführungsverordnung für nichtig zu erklären. Das EuG entschied, die Erhöhung der Zölle auf die betreffende Art von Feuerzeugen für nichtig zu erklären. Nach Ansicht des EuG hat die Kommission das Recht von Zippo auf rechtliches Gehör verkannt. Da die Kommission vor Erlass der zusätzlichen Zölle wusste, dass diese zum Großteil die Feuerzeuge von Zippo betrafen, hätte die Kommission Zippo vor der Erhebung der Zölle anhören müssen. Im Hinblick auf das Erfordernis der individuellen Betroffenheit stellt das EuG u. a. fest, dass Zippo offensichtlich die einzige Herstellerin der betreffenden Art von Feuerzeugen aus den USA in die EU ist und damit individuell und unmittelbar betroffen ist.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-402/20>

S o z i a l e s

Kommission; Rat; Ergebnisse des Dreigliedrigen Sozialgipfels

Im Vorfeld des Europäischen Rates fand am 25.10.2023 der Dreigliedrige Sozialgipfel in Brüssel statt. Dieser führt stets die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, den Ratspräsidenten, Charles Michel, den Regierungschef der Ratspräsidentschaft, Pedro Sánchez (ESP), sowie die europäischen Dachverbände der Arbeitgeber, BusinessEurope, und der Arbeitnehmer, ETUC, zusammen. Im Zentrum des Austausches standen hierbei die Themen Fachkräftemangel, die Energiepolitik sowie der US-amerikanische „Inflation Reduction Act“ und mögliche Reaktionen der EU hierauf. Gemeinsam ließen alle Teilnehmenden verlauten, dass die komplexen Herausforderungen, vor denen die EU stehe, am zielführendsten mit gebündelten Kräften erreicht würden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_5281

G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

Kommission; Vorschlag zur Vereinfachung der außergerichtlichen Streitbeilegung und der Stärkung der Verbraucherrechte

Am 17.10.2023 hat die Kommission vorgeschlagen, die Vorschriften für die außergerichtliche Streitbeilegung zu modernisieren und zu vereinfachen, um sie an die digitalen Märkte anzupassen. Nach dem Vorschlag der Kommission soll die Richtlinie über die alternative Beilegung von Streitigkeiten sämtliche Aspekte des EU-Verbraucherrechts abdecken, und zwar auch für Händler, die außerhalb der EU tätig sind, da die Richtlinie auch unlautere Praktiken wie manipulierte Benutzeroberflächen, manipulierte Werbung oder Geoblocking-Vorschriften abdecken soll. Unternehmen soll es grundsätzlich weiterhin freistehen, an alternativen Streitbeilegungsverfahren teilzunehmen, außer sie sind durch spezielle EU- oder nationale Regelungen dazu verpflichtet. Allerdings sollen die Verfahren alternativer Streitbeilegung durch kürzere Antwort-Fristen für Unternehmen beschleunigt werden. Verbraucherinnen und Verbrauchern sollen außerdem Unterstützung durch Kontaktstellen wie das Netzwerk der Europäischen Verbraucherzentren erhalten. Darüber hinaus hat die Kommission

auch eine Empfehlung angenommen, um die Streitbeilegungssysteme auf Online-Marktplätzen an die europäischen Standards für eine faire und effiziente alternative Streitbeilegung anzupassen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5049

Kommission; Vorschlag zur Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln

Die Kommission hat am 24.10.2023 eine Mitteilung zur Versorgungssicherheit in puncto Arzneimitteln vorgelegt. Hierbei handelt es sich um keinen Legislativvorschlag, sondern um ein Maßnahmenbündel mit zum Teil bereits auf den Weg gebrachten Initiativen. Ziel ist es, Lieferengpässen bei kritischen Arzneimitteln auf EU-Ebene zu begegnen. Im Wesentlichen umfasst die Mitteilung fünf konkrete Maßnahmen: Einrichtung eines freiwilligen Solidaritätsmechanismus, um Arzneimittel zwischen Mitgliedstaaten umverteilen zu können; Erstellung einer Liste für kritische Arzneimittel, um Handlungsbedarfe früher zu erkennen; eine Flexibilisierung des rechtlichen Rahmens, wie einer beschleunigten Zulassung, um Arzneimittel rascher verfügbar zu machen; Erstellen von EU-Leitlinien zur Beschaffung von Arzneimitteln und schließlich die Möglichkeit gemeinsamer Beschaffung von Arzneimitteln durch mehrere Mitgliedstaaten

https://commission.europa.eu/document/da376df1-c70e-48ba-8844-3024f25746b6_en

U m w e l t

Kommission; Veröffentlichung eines neuen Instruments für Hochwasserrisikogebiete

Die Kommission hat am 13.10.2023 ein neues Instrument für Hochwasserrisikogebiete veröffentlicht, mit welchem vor erheblichen Hochwasserrisiken gewarnt werden und die Bewältigung solcher Extremereignisse unterstützt werden soll. Das Instrument stellt zum ersten Mal in einer Karte all die Gebiete in der EU dar, die nach Angaben der nationalen Behörden ein potenziell signifikantes Hochwasserrisiko aufweisen, und bietet einen Zugang zu den vorläufigen Hochwasserrisikobewertungen aller Mitgliedstaaten, zu Hochwassergefahren- und -risikokarten sowie zu Plänen für das Hochwasserrisikomanagement in der Landessprache bzw. den jeweiligen Landessprachen. Demnach sind derzeit mehr als 14.000 Gebiete in der EU einem erheblichen Hochwasserrisiko ausgesetzt. Die Informationen werden mit Unterstützung der Kommission sowie der Europäischen Umweltagentur im Rahmen der Verpflichtungen aus der EU-Hochwasserrichtlinie bereitgestellt.

https://environment.ec.europa.eu/news/commission-publishes-new-flood-risk-areas-tool-warn-about-significant-flood-risks-and-help-manage-2023-10-13_de

Kommission; Vorschlag für eine Verordnung zur Verringerung der Verschmutzung durch Mikroplastik aus Kunststoffgranulat

Die Kommission hat am 16.10.2023 eine Verordnung für die Vermeidung der Freisetzung von Kunststoffgranulat vorgeschlagen. Die geplante Verordnung sieht verschiedene Maßnahmen vor, um die Umweltverschmutzung durch Mikroplastik infolge unbeabsichtigter Freisetzung von Kunststoffgranulat zu verhindern. Alle Wirtschaftsbeteiligten, die Kunststoffgranulat in der EU handhaben, sollen die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, indem sie das Verschütten des Granulats vermeiden, das Austreten von Granulat eindämmen sowie nach Austritt oder Verlust von Granulat Reinigungen der betroffenen Umwelt vornehmen. Der Vorschlag

umfasst spezifische bewährte Handhabungspraktiken, die bereits von einigen Akteuren angewendet werden, obligatorische Zertifizierungen und Selbsterklärungen für die Einhaltung der Vorschriften sowie die Entwicklung einer harmonisierten Methode zur Schätzung von Granulatverlusten. Für Kleinst- und Kleinunternehmen sieht der Vorschlag hingegen weniger strenge Anforderungen vor, um ihnen die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern. Die Kommission geht davon aus, dass die Freisetzung von Kunststoffgranulat, die sich pro Jahr auf 52.000 bis 184.000 Tonnen beläuft, durch die vorgeschlagenen Maßnahmen um bis zu 74% reduziert werden kann.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4984

Rat; Verhandlungsposition zur Richtlinie über die Behandlung kommunaler Abwässer

Der Rat der EU-Umweltministerinnen und -minister hat sich am 16.10.2023 auf eine Position zur Novellierung der Richtlinie über kommunale Abwasserbehandlung geeinigt. Der Anwendungsbereichs der bestehenden Richtlinie soll erweitert und an die Ziele des Grünen Deals angepasst werden. Der Rat hat sich dafür ausgesprochen, dass Gemeinden ab 1.250 Einwohnergleichwerten (EW) bis 2035 kommunale Abwassersammelsysteme einführen sollen. Die Erstellung integrierter Pläne für die Bewirtschaftung von kommunalem Abwasser soll laut der Position des Rates für Gemeinden mit mehr als 100.000 EW bis 2035 und für Gemeinden mit 10.000 bis 100.000 EW bis 2040 erfolgen. Weiterhin beinhaltet die allgemeine Ausrichtung im Vergleich zum Kommissionsvorschlag abgeschwächte Schwellenwerte und Fristen für die Zweit- und Drittbehandlung sowie die neu vorgeschlagene vierte Reinigungsstufe von kommunalem Abwasser. Die zusätzlichen Behandlungskosten für Mikroverunreinigungen sollen die Hersteller von Arzneimitteln und Kosmetika im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung (Extended Producer Responsibility; EPR) tragen. Die Position des Rates sieht auch vor, dass kommunale Kläranlagen bis 2045 im Sinne der Energieneutralität die Menge an Energie erzeugen müssen, die sie verbrauchen. Weiterhin sollen die Mitgliedstaaten zur Überwachung von bestimmten Krankheitserregern in kommunalem Abwasser verpflichtet werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/16/council-adopts-position-on-new-rules-for-a-more-efficient-treatment-of-urban-wastewater/>

Rat; Einigung auf einen Standpunkt zur Änderung der Verordnung zur Festlegung von CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge

Am 16.10.2023 hat sich der Rat der EU-Umweltministerinnen und -minister auf eine allgemeine Ausrichtung zur Änderung der Verordnung zur Festlegung von CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge geeinigt. Der Vorschlag zielt darauf ab, die CO₂-Emissionen im Straßenverkehrssektor im Einklang mit den Klimazielen der EU weiter zu reduzieren, indem die Emissionsreduktionsziele für 2030 auf 45% angehoben und neue Ziele für 2035 (65%) und 2040 (90%) eingeführt werden. Darüber hinaus werden weitere Fahrzeugkategorien in die Zielvorgaben einbezogen, insb. Busse und Anhänger. In Bezug auf Stadtbusse einigten sich die Ministerinnen und Minister darauf, dass alle neuen Stadtbusse ab 2035 emissionsfrei sein müssen, und legten außerdem ein Zwischenziel von 85% für diese Kategorie bis 2030 fest. Die Kommission soll bis 2027 einen Bericht über die Wirksamkeit und die Auswirkungen der Verordnung vorlegen, wobei sie auch über die Fortschritte beim Aufbau öffentlicher und privater Auflade- und Betankungsinfrastrukturen für alternative Kraftstoffe für Fahrzeuge berichten und eine Bewertung der Rolle eines sog. CO₂-Korrekturfaktors (CCF) beim Übergang zur emissionsfreien Mobilität im Sektor der schweren Nutzfahrzeuge vornehmen soll.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/16/council-agrees-on-new-rules-to-strengthen-co2-emission-standards-for-heavy-duty-vehicles/>

Rat; Annahme der Verhandlungsposition der EU für COP28

Die Umweltministerinnen und -minister haben am 16.10.2023 die Schlussfolgerungen des Rates zu den Vorbereitungen für die UN-Klimakonferenz 2023 (COP28) gebilligt, die vom 30.11.2023 bis zum 12.12.2023 in Dubai stattfinden wird. Die Schlussfolgerungen dienen als allgemeine Verhandlungsposition der EU auf der COP28. In seinen Schlussfolgerungen unterstreicht der Rat die Notwendigkeit deutlich ambitionierterer globaler Klimaziele, um das 2015 in Paris festgelegte Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C in Reichweite zu halten. Die Verhandlungsposition sieht außerdem vor, dass die EU sich für einen weltweiten Ausstieg aus fossilen Brennstoffen ohne Kohlenstoffabscheidung deutlich vor 2050 sowie für einen möglichst baldigen Abbau der Subventionen für fossile Brennstoffe einsetzen wird, um den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu beschleunigen. Die Ministerinnen und Minister riefen dazu auf, weltweit Maßnahmen zu ergreifen, um die installierte Kapazität an erneuerbaren Energien bis 2030 auf 11 TW zu verdreifachen und das Tempo der Verbesserung der Energieeffizienz zu verdoppeln. Der Rat bekräftigt die feste Zusage der EU und ihrer Mitgliedstaaten, ihre internationale Klimafinanzierung weiter aufzustocken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/env/2023/10/16/>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren POL gegen DEU wegen der Verbringung von Abfällen

Die Kommission hat am 18.10.2023 eine mit Gründen versehene Stellungnahme in einem von POL gegen DEU eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren wegen der Verbringung von Abfällen abgegeben. POL beklagt einen Verstoß DEUs gegen die Abfallverbringungsverordnung, da DEU die Rücknahme illegal an sieben Standorte in POL verbrachter Abfälle verweigert. Die Kommission hat dem aber grundsätzlich widersprochen. Lediglich die Verbringung von Abfällen an die Standorte Tuplice und Stary Jawor stelle ganz bzw. teilweise einen Verstoß gegen die Verpflichtungen DEUs, die illegal verbrachten Abfälle innerhalb von 30 Tagen zurückzunehmen, dar. Mit Blick auf die anderen Vorwürfe POLs sei die Sachlage nicht hinreichend klar und es fehle an hinreichenden Beweisen für die Illegalität der konkreten Verbringungen. POL kann nun beschließen, ob es den EuGH anruft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_23_4577

Eurostat; Neue Daten zum Verpackungsmüll in der EU

Das statistische Amt der EU, Eurostat, hat am 19.10.2023 neue Daten zum Verpackungsmüll in der EU veröffentlicht. Demnach hat die EU im Jahr 2021 188,7 kg Verpackungsmüll pro Einwohner, und somit 10,8 kg mehr als noch 2020, produziert. DEU lag mit etwa 240 kg Verpackungsmüll pro Einwohner damit deutlich über dem EU-Schnitt. Insgesamt belief sich die Menge an Verpackungsabfällen in der EU 2021 auf 84 Mio. Tonnen. Der meiste Verpackungsmüll entfiel dabei auf Papier und Pappe mit einem Anteil von rund 40%. Dahinter folgten Kunststoff (19%), Glas (18,5%), Holz (17,1%) und Metall (4,9 %). Während die Menge an Kunststoffabfällen durch Verpackungen sich im Jahr 2021 auf 35,9 kg pro Einwohner erhöhte, stieg auch der Anteil von recycelten Kunststoffabfällen im Vergleich zum Vorjahr um 9,5% auf 14,2 kg pro Person. DEU nimmt beim Recycling von Kunststoffabfällen im EU-Vergleich den siebten Platz ein und liegt somit über dem EU-Durchschnitt.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20231019-1>

EP; Abstimmung des ENVI-Ausschusses zur Pestizidverordnung

Am 24.10.2023 hat der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) über den Vorschlag für das Verhandlungsmandat des EP zur Pestizidverordnung (Sustainable Use Regulation; SUR) abgestimmt. Der Bericht, der von MdEP Sarah Wiener (GRÜNE/ AUT) vorgelegt worden war, wurde mit 47 zu 37 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Die Abgeordneten fordern darin, dass die EU bis 2030 den Einsatz und das Risiko chemischer Pflanzenschutzmittel um mindestens 50% und den Einsatz besonders gefährlicher Produkte um 65% im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2013-2017 reduzieren muss. Die Kommission hingegen hatte für beide Aspekte ein Reduktionsziel von 50% vorgeschlagen, basierend auf dem Durchschnitt der Jahre 2015-2017. Außerdem wollen die MdEP den Einsatz chemischer Pestizide in sensiblen Gebieten und innerhalb einer fünf Meter breiten Pufferzone verbieten. Dazu gehören alle städtischen Grünflächen, einschließlich Parks, Spielplätze, Sportplätze, öffentliche Wege sowie Natura 2000-Gebiete. Ausnahmen sollen für Pestizide gelten, die für den ökologischen Landbau und die biologische Schädlingsbekämpfung zugelassen sind. Der Bericht sieht außerdem vor, dass die Kommission sechs Monate nach Inkrafttreten der Verordnung ein EU-Ziel für 2030 zur Steigerung des Absatzes von risikoarmen Pestiziden festlegt. Weiterhin soll die Kommission bis Dezember 2025 die Unterschiede beim Einsatz von Pestiziden bei importierten Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen im Vergleich zu EU-Produkten untersuchen und ggf. Maßnahmen vorschlagen, um sicherzustellen, dass die Importe EU-äquivalente Standards erfüllen. Darüber hinaus soll die Ausfuhr von in der EU nicht zugelassenen Pestiziden verboten werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231023IPR08130/pesticides-meps-want-a-drastic-cut-in-use-of-chemical-pesticides>

Kommission; Konsultation zur Vereinfachung der Berichtspflichten im Umweltrecht

Am 24.10.2023 hat die Kommission eine Konsultation über einen Beschlussvorschlag zur Vereinfachung der Berichtspflichten im Umweltrecht eröffnet. Ziel ist es, die Richtlinie zu bestimmten Berichtspflichten über die Geodateninfrastruktur dahingehend anzupassen, dass die Berichte über die Schaffung und Nutzung der Geodateninfrastrukturen durch die Behörden nur noch alle zwei Jahre statt jährlich vorzulegen sind. Damit soll auch der Verwaltungsaufwand für Unternehmen reduziert werden, die die jeweiligen Datensätze an die berichterstattenden Behörden vorlegen müssen. Rückmeldungen sind bis zum 19.12.2023 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14011-Proposal-for-a-DIRECTIVE-on-the-simplification-of-reporting-obligations-in-environmental-legislation_de

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission/Mitgliedstaaten; Keine qualifizierte Mehrheit für die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat

Die Mitgliedstaaten haben am 13.10.2023 im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (SCoPAFF) über den Vorschlag der Kommission, die Zulassung von Glyphosat für weitere zehn Jahre zu verlängern, abgestimmt und keine qualifizierte Mehrheit für die Annahme oder Ablehnung des Vorschlags erzielen können. Infolgedessen wird der Vorschlag, der sich auf eine Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) stützt, dem

Berufungsausschuss vorgelegt werden. Die aktuelle Zulassung von Glyphosat läuft am 15.12.2023 aus.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_23_4962

Kommission; Zulassung von drei genetisch veränderten Maissorten

Die Kommission hat am 13.10.2023 drei genetisch veränderte Maissorten als Lebens- und Futtermittel zugelassen. Außerdem wurde die Zulassung einer weiteren genetisch veränderten Maissorte für die Verwendung als Lebens- und Futtermittel verlängert. Vorausgegangen war eine positive wissenschaftliche Bewertung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Die Mitgliedstaaten hatten jedoch weder im Ständigen Ausschuss noch im Berufungsausschuss eine qualifizierte Mehrheit für oder gegen diese Zulassung erreichen können, sodass die Zuständigkeit für den Erlass der Zulassungsbeschlüsse bei der Kommission lag. Die Zulassungen gelten für jeweils zehn Jahre, wobei jedes aus dem zugelassenen genetisch veränderten Mais hergestellte Produkt strengen Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsvorschriften unterliegt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_4963

Kommission; Geschützte Herkunftsbezeichnung für Wein aus Brandenburg

Die Kommission hat am 17.10.2023 neben den beiden portugiesischen Weinen „Terras de Cister“ und „Terras do Dão“ auch den deutschen Wein „Großräschener See“ in das Verzeichnis der geschützten geografischen Angaben aufgenommen. Die geschützte geografische Angabe „Großräschener See“ ist Teil der geschützten geografischen Angabe „Brandenburger Landwein“ und umfasst die Rebflächen in der Gemeinde Großräschen in Brandenburg, deren Klima durch den 775 ha großen Großräschener See beeinflusst wird. Das Zusammenspiel von Klima und Boden führt laut der Kommission zu besonderen organoleptischen Eigenschaften, die in anderen geografischen Gebieten nicht zu finden sind.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_5067

EP; Billigung der neuen Fischereikontrollverordnung

Am 17.10.2023 hat das EP mit 438 zu 146 Stimmen bei 40 Enthaltungen die in den Trilogverhandlungen erzielte Einigung über die neue Fischereiverordnung gebilligt. Nach den neuen Vorschriften müssen alle Schiffe ein Ortungsgerät an Bord haben, das es den nationalen Behörden ermöglicht, sie in regelmäßigen Abständen zu orten und zu identifizieren. Alle EU-Fischereifahrzeuge müssen ihre Fänge künftig in digitalisierter Form registrieren und melden. Dies gilt insbesondere für Fischereilogbücher, Umlade- und Anlandeerkklärungen. Erstmals müssen auch Sportboote ihre Fänge über elektronische Systeme melden, welche von den nationalen Behörden oder der Kommission eingerichtet werden. Außerdem werden Sanktionen für Verstöße gegen geltende Vorschriften harmonisiert. Darüber hinaus muss die digitale Rückverfolgbarkeit der gesamten Lieferkette für frischen und verarbeiteten Fisch gewährleistet werden, sodass sie für Verbraucherinnen und Verbraucher nachvollziehbar ist.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231013IPR07124/parliament-approves-new-eu-fisheries-control-rules>

EP; Billigung des Datennetzes für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe

Das EP hat am 17.10.2023 die in den Trilogverhandlungen vorläufig erzielte Einigung über die Umwandlung des Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen (INLB) in ein Datennetz für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe (Farm Sustainability Data Network; FSDN) mit 568 zu 18 Stimmen bei 21 Enthaltungen

angenommen. Der Bericht war von MdEP Jérémy Decerle (RN/ FRA) vorgelegt worden. Ziel der Umwandlung ist es, die Nachhaltigkeit der Agrar- und Lebensmittelsysteme durch eine umfangreiche Datenerhebung zu verbessern, die auch die wirtschaftliche, ökologische und soziale Dimension der GAP analysiert. Im Rahmen des FSDN sollen die Verknüpfungen mit anderen Datenerhebungsinitiativen verbessert werden, um den Verwaltungsaufwand zu verringern. Die erhobenen Daten, die für alle Mitgliedstaaten, Regionen, Betriebstypen und Betriebsgrößen vergleichbar sind, dienen dabei sowohl der Forschung als auch der Politikgestaltung. Des Weiteren werden die Beratungsdienste für Landwirtinnen und Landwirte verbessert, während gleichzeitig der Schutz ihrer Daten gewährleistet werden soll.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0359_DE.pdf

EP; Resolution zu den Auswirkungen chinesischer Fangtätigkeiten auf die EU-Fischerei und das weitere Vorgehen

Am 17.10.2023 hat das EP mit 573 Stimmen zu 11 Gegenstimmen und 30 Enthaltungen eine Resolution zu den Auswirkungen chinesischer Fangtätigkeiten auf die EU-Fischerei und das weitere Vorgehen verabschiedet. Die Resolution, die von MdEP Pierre Karleskind (RN/FRA) vorgelegt wurde, ruft China auf, seine Fernfischereiflotten und die Fischerei-Abkommen mit Drittländern transparenter zu gestalten. Die MdEP fordern die Kommission auf, gemeinsam mit den chinesischen Behörden ein System zur Identifizierung von Fängen einzuführen, sowie die Auswirkungen Importe chinesischer Fischereiprodukte auf die europäische Industrie zu bewerten und ggf. Anpassungen vorzunehmen. Darüber hinaus verlangen die MdEP, dass die Mitgliedstaaten die EU-Rechtsvorschriften über das System der Fangmeldungen und der Rückverfolgbarkeit durchsetzen. Die Mitgliedstaaten und die Kommission sollen außerdem Informationen darüber bereitstellen, wie viele von chinesischen Schiffen gefangene Produkte auf den EU-Markt gelangen. Das EP appelliert an die Kommission, die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die illegale, unregulierte und ungemeldete Fischerei und die damit verbundenen Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen zu verstärken und restriktive Maßnahmen gegen Unternehmen zu ergreifen, die die Menschenrechte nicht achten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231013IPR07123/china-parliament-wants-stricter-traceability-for-imported-fishery-products>

Kommission; Konsultation zur Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette

Am 18.10.2023 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette, welche Mindestvorschriften für den besseren Schutz von Landwirtinnen und Landwirten sowie kleinen und mittleren Zulieferern in der Lieferkette enthält. Im Zuge dieser Evaluierung soll analysiert werden, inwiefern die angestrebten Ziele seit Einführung der Richtlinie in den vergangenen Jahren erreicht wurden. Die Konsultation ist bis zum 29.11.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13826-Agrar-und-Lebensmittelversorgungskette-Bekämpfung-unlauterer-Handelspraktiken_de

EuG; Urteil zur Zulassung von genetisch verändertem Mais

Das EuG hat am 18.10.2023 mit seinem Urteil in der Rechtssache T-605/21 entschieden, dass die Klage von TestBioTech e.V. gegen die Kommission wegen der Zulassung einer bestimmten gentechnisch veränderten Maissorte abzuweisen ist. Der Kläger, ein gemeinnütziger Verein zur Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Biotechnologie, wollte erreichen, dass das Inverkehrbringen einer bestimmten genetisch veränderten Maissorte nicht mehr genehmigt wird, weil die Kommission die

möglichen Auswirkungen der Anhäufung von Genen („gene stacking“) in Verbindung mit Trockenheit und Herbizideinsatz auf die Pflanzensammensetzung und die agronomischen Eigenschaften nicht oder nicht angemessen berücksichtigt habe. Der Kläger hatte zuvor einen Antrag auf interne Überprüfung der Zulassungsentscheidung für diese Maissorte gestellt, dem die Kommission nachkam, indem sie die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) mit der Erstellung eines technischen Berichts beauftragte. In diesem kam die EFSA zu dem Schluss, dass die Zulassungsentscheidung der Kommission nicht neu bewertet werden müsse. Das Gericht wies die vom Kläger vorgebrachten Argumente als unzulässig bzw. sachlich unbegründet zurück, sodass die von Monsanto vertriebene Maissorte unter den geltenden Bedingungen weiterhin in der EU vermarktet werden darf.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=278769&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2811194>

EuG; Urteil zur Zulassung von genetisch veränderten Sojabohnen

Das EuG hat am 18.10.2023 mit seinem Urteil in der Rechtssache T-606/21 entschieden, dass die Klage von TestBioTech e.V. gegen die Kommission wegen der Ablehnung des Widerrufs oder der Änderung der Zulassung von genetisch veränderten Sojabohnen abzuweisen ist. Der Kläger, ein gemeinnütziger Verein zur Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Biotechnologie, rügte, dass die Kommission einen offensichtlichen Beurteilungsfehler begangen habe, indem sie die potenziellen Auswirkungen auf die Genausprägung von Genakkumulation („gene stacking“) im Rahmen des Einsatzes von Herbiziden nicht oder nicht angemessen berücksichtigt habe. Darüber hinaus habe die Kommission einen weiteren Beurteilungsfehler begangen, indem sie das Toxizitäts-, Immunogenitäts- und/oder Allergenitätspotenzial der veränderten Sojabohne nicht oder nicht angemessen berücksichtigt habe. Aus diesen Gründen müsse der Beschluss über die Zulassung dieser genetisch veränderten Sojabohnen-Sorte widerrufen oder geändert werden. Auf Antrag des Klägers hatte die Kommission zuvor einen technischen Bericht der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) angefordert, um die Zulassungsentscheidung für diese Sojabohnen-Sorte intern zu überprüfen. EFSA befand jedoch, dass die Überprüfung der Position der Kommission nicht erforderlich sei, sodass die Kommission ihre Zulassungsentscheidung nicht änderte oder widerrief. Das EuG wies in seinem Urteil die Argumente von TestBioTech e.V. als unbegründet zurück. Damit darf die von Monsanto vertriebene gentechnisch veränderte Sojabohnensorte unter den bisherigen Bedingungen weiterhin in der EU in Verkehr gebracht werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=278759&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2811203>

EP; Resolution zur generationellen Erneuerung in den EU-Landwirtschaftsbetrieben der Zukunft

Das EP hat am 19.10.2023 eine Resolution zur generationellen Erneuerung in den EU-Landwirtschaftsbetrieben der Zukunft mit 447 zu 14 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Der Initiativbericht, der von MdEP Isabel Carvalhais (S&D/PTL) vorlegt wurde, warnt davor, dass der demografische Wandel in der ländlichen Bevölkerung und bei Landwirtinnen und Landwirten stärker ausgeprägt ist als in anderen Teilen der Gesellschaft. Die MdEP fordern daher eine Politik, die den Landwirtinnen und Landwirten und ihren Familien ein faires Einkommen und eine gute Lebensqualität bietet, um den Generationswechsel in den landwirtschaftlichen Betrieben der EU zu fördern. Dafür schlagen sie u.a. vor, Junglandwirtinnen und -wirten niedrigere Zinssätze und Unterstützung für die erste Kreditrate sowie Beratung anzubieten, wenn diese einen landwirtschaftlichen Betrieb gründen oder ihren Betrieb erweitern

möchten. Das EP fordert die Kommission auf, die Möglichkeit von Maßnahmen auf EU-Ebene zu prüfen, um das Funktionieren der nationalen Märkte für landwirtschaftliche Flächen zu verbessern, den Zugang von Junglandwirtinnen und -wirten zu Land zu erleichtern, sowie das Problem der Landkonzentration anzugehen. Weiterhin fordern die MdEP die Entwicklung nationaler Strategien zur Förderung des Generationswechsels. Um die Anwendung neuer landwirtschaftlicher Technologien und nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken zu ermöglichen, betont das EP auch die Notwendigkeit, jungen Landwirtinnen und Landwirten Zugang zu zuverlässigem Internet zu verschaffen und ihnen Schulungen zu digitalen Fähigkeiten, Unternehmensplanung und innovativen Praktiken anzubieten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20231018IPR07627/parliament-calls-for-less-barriers-for-young-people-in-farming>

EP; Resolution zur Europäischen Eiweißstrategie

Am 19.10.2023 hat das EP mit 305 Stimmen bei 129 Gegenstimmen und 69 Enthaltungen für die Resolution zur Europäischen Eiweißstrategie gestimmt, die von MdEP Emma Wiesner (RN/SWE) vorgelegt worden war. Die Abgeordneten fordern darin eine größere Vielfalt der Lebens- und Futtermittelversorgungsketten sowie eine Steigerung der EU-Produktion von Proteinquellen, da nur 29% der proteinreichen Futtermittel, die in der EU benötigt werden, aus den Mitgliedstaaten stammen, was die EU stark von Importen proteinreicher Pflanzen aus Drittländern abhängig macht. Das EP befürwortet eine kreislauffähige und nachhaltige Eiweißproduktion und fordert die Kommission auf, eine Verordnung zur Nutzung von Nebenströmen aus der Gewinnung von Pflanzenproteinen, landwirtschaftlichen Rückständen und Abfallströmen aus der Lebensmittelproduktion für die Produktion von Bioenergie vorzulegen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20231018IPR07628/eu-protein-strategy-increase-protein-production-and-diversify-supply-chains>

Kommission; Eurobarometer zum Stellenwert des Tierschutzes

Am 19.10.2023 hat die Kommission die Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht, die den Stellenwert des Tierschutzes für Europäerinnen und Europäer belegt. Demnach sind 84% der EU-Bürgerinnen und -Bürger der Meinung, dass der Schutz des Tierwohls bei Nutztieren verbessert werden sollte. 83% der Befragten unterstützen die Begrenzung der Dauer von Tiertransporten, während 74% sich auch für einen besseren Schutz des Tierwohls bei Heimtieren aussprechen. Darüber hinaus fordern 90% der Befragten, dass für Haltung und Zucht grundlegende ethische Standards gelten sollten. Mehr als die Hälfte der Europäerinnen und Europäer (57%) fordert ein striktes Verbot der Pelztierzucht in der EU, während 32% sich für die Fortsetzung der Zucht unter verschärften Tierschutzbestimmungen aussprechen. In Bezug auf Lebensmittelimporte aus Nicht-EU-Ländern sprechen sich 84% der Befragten für eine Änderung der Tierschutzvorschriften aus, entweder durch die Anwendung der EU-Tierschutzvorschriften auf importierte Lebensmittel oder durch die Kennzeichnung von Lebensmitteln durch entsprechende Standards. Zum Zeitpunkt der Befragung im März 2023 waren außerdem 60% der EU-Bürgerinnen und -Bürger bereit, für Produkte aus tiergerechter Haltung mehr zu zahlen. So gaben 26% an, bis zu 5% mehr für tierfreundlich erzeugte Lebensmittel auszugeben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4951

Kommission; Konsultation zu anerkannten Drittländern und Kontrollstellen für die Einfuhr ökologischer/biologischer Erzeugnisse

Die Kommission hat am 20.10.2023 eine öffentliche Konsultation im Rahmen einer Durchführungsverordnung zur Einfuhr ökologischer/biologischer Erzeugnisse aus anerkannten Drittländern durch anerkannte Kontrollbehörden und -stellen begonnen.

Im Rahmen der Initiative sollen die Verzeichnisse über anerkannte Drittländer sowie über Kontrollbehörden und Kontrollstellen zur Einfuhr ökologischer/biologischer Erzeugnisse aktualisiert werden. Rückmeldungen sind bis zum 17.11.2023 möglich.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13976-Einfuhr-von-okologischen-biologischen-Erzeugnissen-anerkannte-Drittlander-und-Kontrollstellen-Aktualisierung-der-Verzeichnisse_de

Kommission; Einigung über die Gesamtfangmengen für Makrele, Blauen Wittling und atlanto-skandischen Hering für 2024

Die Kommission hat am 23.10.2023 bekanntgegeben, dass die nordost-atlantischen Küstenstaaten sich auf die Gesamtfangmengen für Makrele, Blauen Wittling und atlanto-skandischen Hering für das Jahr 2024 geeinigt haben. Die Gesamtfangmengen für diese drei Arten, die die EU-Delegationen sowie Island, die Faröer Inseln, Grönland, Norwegen und GBR vorsehen, entsprechen den wissenschaftlichen Empfehlungen des International Council for the Exploration of the Sea. Die Delegationen vereinbarten außerdem, die Frage der Quotenaufteilung für alle drei Bestände baldmöglichst, spätestens jedoch bis Anfang 2024 zu klären.

https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/news/north-east-atlantic-coastal-states-reach-agreement-mackerel-blue-whiting-and-atlanto-scandian-2023-10-23_de

Rat; Tagung der Agrarministerinnen und Agrarminister

Am 23.10.2023 und 24.10.2023 tagte der Rat der EU-Agrarministerinnen und -minister und beschäftigte sich mit der Lage auf den Agrarmärkten und bei den Agrarrohstoffen, insbesondere angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, ungünstiger Witterungsbedingungen in manchen Regionen der EU, hoher Energiepreise und einer weltweit sinkenden Kaufkraft. Die Ministerinnen und Minister diskutierten über Möglichkeiten, wie die Flexibilität der strategischen GAP-Pläne erhöht werden könne. Der ukrainische Minister für Agrarpolitik und Ernährung, Mykola Solskyi, nahm ebenfalls an dem Treffen teil und informierte über die Ausfuhren ukrainischer Agrarerzeugnisse in die EU und darüber, wie die EU sein Land weiter unterstützen könnte. Auf Grundlage des von der Kommission am 05.07.2023 vorgelegten Vorschlags zur Änderung der Abfallrahmenrichtlinie fand außerdem ein Austausch zu den lebensmittelbezogenen Aspekten dieses Vorschlags statt, in dem die Ministerinnen und Minister Instrumente erörterten, die am besten geeignet sind, um die Ziele des Vorschlags zur Verringerung und Vermeidung von Lebensmittelverschwendung zu erreichen. Des Weiteren tauschte die Ministerrunde sich über das jährliche Treffen der Internationalen Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) aus und erzielte eine politische Einigung über die Fangmöglichkeiten in der Ostsee für 2024.

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2023/10/23-24/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Agriculture+and+Fisheries+Council

Kommission; Konsultation zur Änderung der Pflanzenschutzverordnung

Die Kommission hat am 24.10.2023 eine öffentliche Konsultation über den Vorschlag für eine Änderung der Pflanzenschutzverordnung veröffentlicht. Mit den Änderungen soll die praktische Umsetzung der Pflanzenschutzvorschriften und der amtlichen Kontrollen verbessert werden. Um den Verwaltungsaufwand für Behörden und Unternehmen zu verringern, sollen außerdem Berichtspflichten gestrafft und die Informationsübermittlung digitalisiert werden. Die Konsultation ist vsl. bis zum 21.12.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14008-Targeted-amendment-of-the-Plant-Health-Regulation_de

Rat; EP; Vorläufige Einigung über die Stärkung des Schutzes geografischer Angaben

Am 24.10.2023 haben Rat und EP eine vorläufige Trilogieeinigung zu den Bestimmungen über die Stärkung des Schutzes geografischer Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse erzielt. Ziel ist es, die Verwendung geschützter Ursprungsbezeichnungen in der EU zu erhöhen. Die Einigung sieht vor, dass Registrierungsverfahren vereinfacht und effizienter gestaltet werden, um die Wartezeit zwischen der Anmeldung und der tatsächlichen Registrierung der geografischen Angaben zu verkürzen. Diese sollen künftig auch im Internet besser geschützt werden. Erzeugervereinigungen sollen mehr Befugnisse und Verantwortlichkeiten erhalten, z.B. auch mit Blick auf Vereinbarungen über Nachhaltigkeitspraktiken. Darüber hinaus wird der Geltungsbereich der neuen Verordnung um einige Bestimmungen im Zusammenhang mit Wein erweitert, die bislang von der Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation erfasst werden. Auch der Schutz geografischer Angaben in Bezug auf Zutaten in verpackten Lebensmitteln wird durch die neue Verordnung gestärkt. Zukünftig muss ein Produzent, der eine geografische Angabe für eine Zutat in einem vorverpackten Lebensmittel z.B. auf dem Etikett oder in der Werbung verwenden will, zunächst die zuständige Erzeugerorganisation darüber informieren. Die Einigung muss nun noch von Rat und EP förmlich gebilligt werden.

[Consilium.eu](https://consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/10/24-geographical-indications/)

Kommission; Vorschlag zu Fangmöglichkeiten 2024 im Atlantik, im Kattegat und im Skagerrak

Die Kommission hat am 25.10.2023 einen Vorschlag zur Festsetzung von Fangbeschränkungen oder zulässigen Gesamtfangmengen (TACs) für 18 Fischbestände in den EU-Gewässern des Atlantiks, des Kattegat und des Skagerrak für 2024 veröffentlicht. Erstmals schlägt die Kommission vor, neun TACs für zwei bis drei Jahre als „mehrjährige TAC“ festzulegen, anstatt sie jedes Jahr auf der Grundlage der Bewertungen der Wissenschaftler des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) neu zu bewerten. Außerdem sieht der Vorschlag vor, 12 TACs auf den höchstmöglichen Dauerertrag festzulegen. Demnach dürfte höchstens die Menge Fisch gefangen werden, die dem Meer entnommen werden kann, ohne die Erholung und künftige Produktivität des Bestands zu gefährden. Dadurch würde sich die Fangmenge für Butte, Seeteufel, Seehecht, Stöcker in den iberischen Gewässern und Scholle im Kattegat erhöhen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5279

Kommission; Handelsbilanz des Agrar- und Lebensmittelsektors für Juli 2023

Die Kommission hat am 26.10.2023 in ihrem monatlichen EU-Agrar- und Lebensmittelbericht bekanntgegeben, dass sich im Juli 2023 sowohl die Importe als auch die Exporte in diesem Sektor im Vergleich zum Vormonat verlangsamt haben. Dennoch blieb die Handelsbilanz der EU mit 6,2 Mrd. EUR positiv. Die kumulierte Handelsbilanz von Januar bis Juli 2023 belief sich auf 38,6 Mrd. EUR und war damit um 7,3 Mrd. EUR höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die drei wichtigsten Bestimmungsländer der EU-Exporte von Agrar- und Lebensmitteln zwischen Januar und Juli dieses Jahres waren GBR, die USA und China, während die meisten Importe aus Brasilien, GBR und der Ukraine stammten.

https://agriculture.ec.europa.eu/news/eu-trade-balance-remains-stable-july-despite-slowdown-agri-food-trade-2023-10-26_de

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren: DEU soll Richtlinie über Verfahrensgarantien für Kinder in Strafverfahren nicht ordnungsgemäß umgesetzt haben

Die Kommission hat am 18.10.2023 Vertragsverletzungsverfahren gegen HUN, die ND, AUT, ROM, die SLK und SWE eingeleitet. An DEU (INFR(2019)0183) versandte sie ein ergänzendes Aufforderungsschreiben. Die Kommission wirft den gesamten Mitgliedstaaten (MS) vor, die Richtlinie über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, nicht vollständig in nationales Recht umgesetzt zu haben. Ziel dieser Richtlinie ist es, gemeinsame Mindeststandards für die Rechte von Kindern, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, im Hinblick auf ein faires Verfahren in der gesamten EU zu gewährleisten. Die Kommission ist der Auffassung, dass besagte MS einige Anforderungen der Richtlinie in Bezug auf materielle Rechte nicht ordnungsgemäß umgesetzt haben. Die sieben MS hätten zudem die Anforderung nicht erfüllt, in die Umsetzungsmaßnahmen oder die Begleitmaßnahmen einen Verweis auf die Richtlinie aufzunehmen. Die MS haben nun zwei Monate Zeit, um die notwendigen Maßnahmen zur Behebung der von der Kommission festgestellten Mängel zu ergreifen. Andernfalls kann die Kommission mit Gründen versehene Stellungnahmen übermitteln.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_23_4577

EuGH; Urteil: Fünfjährige Freiheitsstrafe bei Markenfälschung unverhältnismäßig

Der EuGH hat am 19.10.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-655/21 | G. ST. T. (Verhältnismäßigkeit der Strafe bei Markenfälschung) verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass eine Mindestfreiheitsstrafe von fünf Jahren im Falle der Markenfälschung sich als unverhältnismäßig herausstellen kann. In dem Vorabentscheidungsersuchen aus BUL hatte das erkennende Gericht Zweifel in Bezug auf die Vereinbarkeit des bulgarischen Rechts zur Ahndung der Markenfälschung mit dem Unionsrecht. Mit Blick auf die Vorlagefragen stellt der EuGH in seinem Urteil fest, dass eine Markenfälschung vom nationalen Recht sowohl als Ordnungswidrigkeit als auch als Straftat eingestuft werden kann. Zudem verstoße eine nationale Rechtsvorschrift, die im Fall der wiederholten oder mit schwerwiegenden schädigenden Folgen einhergehenden Benutzung einer Marke eine Mindestfreiheitsstrafe von fünf Jahren vorsieht, gegen EU-Recht.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-655/21>

Rat; EU-Justizminister wollen Straflosigkeit der russischen Aggression verhindern und justizielle Zusammenarbeit mit Lateinamerika verbessern

Die EU-Justizministerinnen und -minister sind am 20.10.2023 im Rahmen der JI-Ratsformation in LUX zusammengekommen. Auf der Agenda des Ratstreffens standen, neben Bekämpfung der Straflosigkeit bei im Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine begangenen Verbrechen, ein Gedankenaustausch über die vorgeschlagene Richtlinie zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts sowie die Billigung der Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung der digitalen Kompetenz für den Schutz und die Durchsetzung der Grundrechte im digitalen Zeitalter. Überdies unterrichtete der ESP-Vorsitz die Ministerrunde über die Entwicklungen bei der justiziellen Zusammenarbeit zwischen der EU und Lateinamerika zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2023/10/19-20/>

EuGH; Schlussanträge: Deutsche Staatsanwaltschaft durfte Europäische Ermittlungsanordnungen in EncroChat-Verfahren erlassen

Die Generalanwältin am EuGH Capeta hat am 26.10.2023 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-670/22 | Staatsanwaltschaft Berlin (EncroChat) verlesen. Sie vertritt darin die Auffassung, dass eine Staatsanwaltschaft eine Europäische Ermittlungsanordnung (EEA) zur Übermittlung von Beweismitteln, die bereits in einem anderen Mitgliedstaat erhoben wurden, erlassen darf. Dies sei der Fall, wenn nach dem für diese Staatsanwaltschaft geltenden nationalen Recht in einem vergleichbaren innerstaatlichen Fall eine Übermittlung angeordnet werden könne. In einem solchen Fall dürfe die Behörde, die eine EEA erlässt, die Rechtmäßigkeit der Erhebung dieser Beweismittel im Vollstreckungsmitgliedstaat nicht prüfen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-670/22>

I n n e r e s

EP; Verlängerung des EU-Katastrophenschutzverfahrens bis 2027

Das EP hat am 17.10.2023 seinen Standpunkt zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union in erster Lesung festgelegt, indem es den Vorschlag der Kommission übernommen hat. Die vorgeschlagene Änderung dient lediglich dazu, sicherzustellen, dass die EU den Mitgliedstaaten weiterhin mit den im Rahmen der rescEU-Übergangsphase entwickelten Kapazitäten Soforthilfe bei der Bekämpfung von Waldbränden leisten kann, bis die ständige europäische Flotte zur Waldbrandbekämpfung aus der Luft zur Verfügung steht. Konkret soll das Ende des in Art. 35 genannten Übergangszeitraums nach diesem Vorschlag vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2027 verlängert werden. Dieses Datum ist an das Ende des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) angepasst. Die Zustimmung des Rates steht noch aus.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0360_DE.html

Frontex; Erstmals Grenzkontrollen außerhalb der EU

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat erstmals Grenzkontrollen an einer Grenze außerhalb der EU vorgenommen. Dies gab Frontex am 18.10.2023 bekannt. Am Grenzübergang Palanca zwischen der Republik Moldau und der Ukraine hätten Frontex-Beamte gemeinsam mit ihren moldawischen Kollegen kontrolliert. Aktuell sind in Moldau 90 Grenzschutzbeamte von Frontex stationiert.

<https://www.frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-initiates-first-line-border-checks-outside-eu-nXm2OJ>

Kommission; ROM und BUL verbessern Asyl- und Rückführungsverfahren

Die Kommission hat am 18.10.2023 Fortschrittsberichte zu den Pilotprojekten für beschleunigte Asyl- und Rückführungsverfahren in BUL und ROM veröffentlicht. Darin kommt sie zu dem Ergebnis, dass die beiden Mitgliedstaaten gute Fortschritte erzielt hätten. BUL habe bspw. Schulungen zum Thema Asyl durchgeführt, um die Umsetzung der in der Asylverfahrensrichtlinie vorgesehenen beschleunigten Asylverfahren zu erleichtern. Auch habe BUL eine Liste sicherer Herkunfts- und Drittstaaten erstellt und die Zahl der Entsendungen der EU-Asylagentur erhöht. Im Rahmen des Pilotprojektes habe ROM seine Asylvorschriften dahingehend geändert, als dass nunmehr parallel zu einer Rückkehrentscheidung die Ablehnung der Zuerkennung von internationalem Schutz ergehen könne. Dies trage zur Effektivierung der Rückkehrverfahren bei.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5063

Kommission; Kampf gegen Drogenhandel und organisierte Kriminalität soll verschärft werden

Die Kommission will den Kampf gegen Drogenhandel und organisierte Kriminalität verstärken. Zu diesem Zweck hat sie am 18.10.2023 eine Mitteilung vorgelegt, die einen entsprechenden EU-Fahrplan mit 17 Maßnahmen enthält. Der Maßnahmenkatalog umfasst u.a. die Bildung einer Europäischen Hafentalianz. Konkret soll die Allianz zu einer besseren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Zoll-, Strafverfolgungsbehörden sowie weiteren öffentlichen und privaten Akteuren in den relevanten europäischen Häfen beitragen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52023DC0641>

Kommission; Reform des Visa-Aussetzungsmechanismus

Die Kommission will effektiver gegen den Missbrauch von Visafreiheit vorgehen. Zu diesem Zweck hat sie am 18.10.2023 eine Überarbeitung des derzeitigen Visa-Aussetzungsmechanismus vorgeschlagen. Der Reformentwurf, mit dem die bisher geltende Verordnung (EU) 2018/1806 geändert würde, sieht u.a. eine Erweiterung der Gründe für die Aussetzung der Visafreiheit vor, etwa im Falle einer unzureichenden Angleichung an die Visumpolitik der EU, hybrider Bedrohungen und der Anwendung von Staatsbürgerschaftsregelungen für Investoren (sog. goldene Pässe). Darüber hinaus soll die Verfahrensdauer verlängert werden, um Zeit für Abhilfemaßnahmen zu gewinnen. Um künftig schneller reagieren zu können, sieht der Vorschlag zudem die Einführung eines Dringlichkeitsverfahren vor. Dieses soll etwa bei einem starken Anstieg der Zahl an Migranten oder einer Bedrohung der Sicherheit zur Anwendung kommen. Schließlich sollen noch die Überwachungs- und Berichterstattungspflichten der Kommission ggü. visumfreien Drittstaaten, in denen Probleme festgestellt werden, durch die Überarbeitung gestärkt werden. Aktuell verfügt die EU mit 60 Drittstaaten über eine Vereinbarung für das visumfreie Reisen der jeweiligen Staatsangehörigen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=COM%3A2023%3A642%3AFIN>

Kommission; Migration: EU-Aktionsplan für die östliche Mittelmeerroute

In Reaktion auf den erhöhten Migrationsdruck hat die Kommission am 18.10.2023 einen Aktionsplan für die östliche Mittelmeerroute vorgestellt. Er soll die bereits vorhandenen Aktionspläne für den Westbalkan, das zentrale Mittelmeer, die westliche Mittelmeerroute und die Atlantikroute ergänzen. In dem Plan werden Maßnahmen zur Verhinderung irregulärer Ausreisen, zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität und zur Schaffung legaler Wege dargelegt. Darüber hinaus soll seine Umsetzung dazu beitragen, das Grenzmanagement zu verbessern, die Zusammenarbeit bei Rückkehr und Rückübernahme zu unterstützen sowie die Aufnahmekapazitäten zu optimieren. Den europäischen Innenministern wurde der Aktionsplan bei ihrem Ratstreffen am 19.10.2023 vorgestellt.

https://home-affairs.ec.europa.eu/eu-action-plan-eastern-mediterranean-route_en

Kommission; EU-Drohnenabwehrstrategie vorgestellt

Die Kommission hat am 18.10.2023 eine Mitteilung über die Abwehr von potenziellen Bedrohungen, die von Drohnen ausgehen können, angenommen. Angesichts voranschreitender technologischer Entwicklungen und steigender Zahl von Drohnen will die Kommission eine unkontrollierte Zunahme der Bedrohungen im zivilen Raum verhindern. Drohnen würden nämlich zunehmend in den Kriminalitätsbereichen Schmuggel und Drogenhandel eingesetzt. Auch sei es vermehrt vorgekommen, dass Drohnen in der Nähe kritischer Infrastrukturen gesichtet worden seien. Flankiert wird die Mitteilung von zwei Handbüchern der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission. Diese sollen praktische Orientierungshilfen zu den zentralen technischen Aspekten der EU-Drohnenabwehrstrategie enthalten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4993

EP; MdEP wollen Verschärfungen im Kampf gegen Menschenhandel

Das EP hat in seiner Plenarsitzung am 18.10.2023 sein Verhandlungsmandat im Hinblick auf die Überarbeitung der Vorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels angenommen. Es zielt maßgeblich darauf ab, den Anwendungsbereich der bestehenden Richtlinie zu erweitern. Konkret sollen Zwangsheirat, illegale Adoption, Leihmutterchaft zum Zwecke der reproduktiven Ausbeutung und effektiverer Opferschutz aufgenommen werden. Die MdEP wollen außerdem sicherstellen, dass Opfer von Menschenhandel, die auch internationalen Schutz benötigen, angemessene Unterstützung und Schutz erhalten und dass ihr Recht auf Asyl respektiert wird. Die Inanspruchnahme von Dienstleistungen, die von Opfern des Menschenhandels erbracht werden, wollen die MdEP unter Strafe gestellt wissen. Und auch gegen Unternehmen, die vom Menschenhandel profitieren, sollen künftig Sanktionen verhängt werden können. Konkret könnten dies etwa der Ausschluss von Ausschreibungsverfahren und bei der Vergabe öffentlicher Subventionen und Beihilfen sein.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0285_EN.html

EP; Einigung zur Digitalisierung des Visumverfahrens bestätigt

Das EP hat in seiner Plenartagung am 18.10.2023 mit 573 Ja-Stimmen zu 36 Nein-Stimmen bei 16 Enthaltungen die Einigung zum Verordnungsvorschlag über die Digitalisierung des Visumverfahrens bestätigt. Durch die Digitalisierung der Visumbearbeitung sollen Kosten und Aufwand für die Beantragung gesenkt und gleichzeitig eine einheitliche Praxis in ganz Europa gewährleistet sowie die Sicherheit erhöht werden. Die Visumanträge sollen künftig auf einer einzigen Online-Plattform bearbeitet werden. Diese teile den Antragstellern bei Reisen in mehrere Schengen-Länder auch mit, in welchem Land ihr Antrag gestellt wird. Die neuen kryptografisch signierten Visa seien zudem sicherer und schwerer zu fälschen. Nach dem EP muss der Rat der Einigung noch formal zustimmen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20231013IPR07131/meps-adopt-digital-visas-to-boost-the-security-of-the-schengen-area>

Kommission; 6ter Fortschrittsbericht zur Umsetzung der EU-Strategie für die Sicherheitsunion 2020-2025

Die Kommission hat am 18.10.2023 ihren sechsten Fortschrittsbericht über die Umsetzung der EU-Strategie für die Sicherheitsunion 2020-2025 angenommen. Der Bericht zeige, dass die EU in allen vier Säulen der Strategie Fortschritte erzielt habe. Konkret könnten Fortschritte beim Schutz kritischer Einrichtungen, der Stärkung der Widerstandsfähigkeit im Cyberspace sowie der Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und Korruption konstatiert werden. Da sich die Bedrohungslage in Europa und der Nachbarschaft ständig weiterentwickle, werde die Strategie kontinuierlich angepasst, um auf die aktuellen Sicherheitsherausforderungen zu reagieren. Die letzten Terroranschläge in FRA und BEL hätten deutlich gemacht, wie notwendig es sei, die Sicherheitsarchitektur weiter anzupassen und zu stärken. Der Fortschrittsbericht nennt zudem legislative wie nicht-legislative Maßnahmen, die noch ausstehen und deren Umsetzung nunmehr Priorität habe.

https://commission.europa.eu/publications/sixth-progress-report-eu-security-union-strategy_de

Rat; Nahost-Konflikt: EU-Innenminister warnen vor importiertem Terror

Die EU-Innenministerinnen und -minister kamen am 19.10.2023 zu einem regulären Ratstreffen in Luxemburg zusammen. Angesichts der von der Hamas gegen die

israelische Zivilbevölkerung begangenen Terroranschläge und der daraus resultierenden Lage für den Nahen Osten diskutierte die Ministerrunde über mögliche Auswirkungen auf die innere Sicherheit in der EU. Sie zeigte sich dabei besorgt über die Zunahme von Radikalisierung, Hassverbrechen und Polarisierung im diesem von Gewalt geprägtem Umfeld. Darüber hinaus wurde die Lage im Schengen-Raum erörtert, der Gedankenaustausch über die externe Dimension der Asyl- und Migrationspolitik fortgeführt, der neue Zeitplan für die Umsetzung der Interoperabilität der EU-Informationssysteme gebilligt und eine Präventionsstrategie der EU gegen die Radikalisierung Minderjähriger über das Internet beraten. Zudem unterrichtete der ESP-Vorsitz die Ministerinnen und Minister über den Sachstand einer (begrenzten) Überarbeitung des Katastrophenschutzverfahrens der EU. Mit der Überarbeitung soll sichergestellt werden, dass der Übergangszeitraum von rescEU über den derzeitigen Zeitrahmen hinaus, d.h. bis Ende 2027, verlängert werden kann. Eine Verständigung auf eine partielle Allgemeine Ausrichtung im Hinblick auf den Verordnungsvorschlag zur Prävention und Bekämpfung von Kindesmissbrauch (sog. CSA-Verordnung) konnte indes nicht erzielt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2023/10/19-20/>

EuGH; Schlussanträge: Auslieferung von in einem anderen MS anerkannten Flüchtling an Drittstaat grundsätzlich möglich

Der Generalanwalt am EuGH Jean Richard de la Tour hat am 19.10.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-352/22 verlesen. Darin vertritt er die Auffassung, dass im Falle eines Auslieferungsersuchens des Herkunftsmitgliedstaats bzgl. eines Drittstaatsangehörigen, dem in einem anderen Mitgliedstaat (MS) die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist, der ersuchte MS bei der Prüfung dieses Ersuchens nicht an die Entscheidung, mit welcher der erste MS diese Eigenschaft zuerkannt hat, gebunden sein soll. Mithin sei der ersuchte MS nicht verpflichtet, die Auslieferung der betreffenden Person zu verweigern, solange diese Entscheidung in Kraft ist. Die Auslieferung müsse jedoch verweigert werden, wenn es ernsthafte und durch Tatsachen bestätigte Gründe für die Annahme gibt, dass dieser Person die reale Gefahr droht, im Auslieferungsland einer nach den Bestimmungen der Charta der Grundrechte verbotenen Behandlung ausgesetzt zu werden. Der Rechtssache liegt ein Vorabentscheidungsersuchen aus DEU zugrunde. Der EuGH ist nicht an die Schlussanträge gebunden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=278801&pageIndex=0&do-clang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=2281518>

EUAA; DEU bleibt wichtigstes Zielland für Asylbewerber – Zahlen im August weiter auf Rekordniveau

Die EU-Asylagentur (EUAA) hat am 20.10.2023 Zahlen veröffentlicht, nach denen die Zahl der in Europa gestellten Asylanträge im August dieses Jahres auf 100.000 gestiegen ist. Im Vergleich zum August 2022 ist dies ein Anstieg um 18%. Auch im Monatsdurchschnitt des Jahres 2023 sei dies bis dato der höchste Wert. Ein Großteil der Asylanträge werde nach wie vor von syrischen (18.000) und afghanischen (11.000) Staatsangehörigen gestellt. Im Vorjahresvergleich habe es bei Syrern einen signifikanten Anstieg um 53% gegeben, während die Zahl der afghanischen Anträge relativ stabil geblieben sei. DEU war mit rd. 30.000 Anträgen (30% der Gesamtzahl) auch im August 2023 das wichtigste Zielland für Asylbewerber. FRA und ESP verzeichneten etwa 13.000 bzw. 12.000 Anträge, während in ITL etwa 10.000 Anträge gestellt wurden. Zusammengenommen sind in diesen vier Mitgliedstaaten zwei Drittel aller Anträge gestellt worden.

<https://euaa.europa.eu/news-events/some-100000-asylum-applications-lodged-across-europe-august-2023>

EP; Frontex-Unterstützung beim EU-Außengrenzschutz soll effektiver werden

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des EP fordert eine effektivere Mitwirkung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) beim EU-Außengrenzschutz. Der LIBE nahm am 26.10.2023 mit 45 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen den Entwurf einer Entschließung an, mit der die Untersuchung des parlamentarischen Frontex-Kontrollgremiums abgeschlossen werden soll. In dem Entschließungsentwurf betonen die MdEP, dass Frontex mehr tun könne, um bei der Durchführung von Such- und Rettungsaktionen zu unterstützen. Mit Blick auf das schwerwiegende Schiffsunglück vor der griechischen Küste am 14.06.2023 forderten sie von Frontex vollständige Kooperation. „Sehr besorgt“ zeigten sie sich die MdEP „über die schweren und anhaltenden Anschuldigungen gegen griechische Behörden im Zusammenhang mit Pushbacks und Gewalt gegen Migranten“. Frontex solle seine Operationen in Fällen, in denen ein Mitgliedstaat nicht in der Lage ist, die EU-Prinzipien und -Werte zu respektieren, auf eine bloße Überwachung und Präsenz vor Ort reduzieren. Die MdEP begrüßen auch die Reduzierung der Frontex-Aktivitäten in LIT nach dem Urteil des EuGHs (C-72/22) und empfehlen einen proaktiveren Ansatz zum Schutz der EU-Grundsätze und -Werte. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit den ungarischen Behörden fordern sie eine sofortige Aussetzung der Unterstützung für Rückführungsaktionen aus HUN. Die Frontex-Unterstützung im Zusammenhang mit der durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelösten Fluchtbewegung wird in dem Entschließungsentwurf positiv hervorgehoben. Schließlich erwarten die MdEP noch einen Wandel in der Arbeitskultur von Frontex. Besonders hervorgehoben werden in diesem Zusammenhang die Achtung der EU-Grundsätze und -Werte. Hierzu gehörten insbesondere die Grundrechte, der Grundsatz der Transparenz und Effizienz interner Verfahren sowie die Rechenschaftspflicht ggü. dem EP.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20231023IPR08167/frontex-meps-want-an-effective-border-agency-compliant-with-fundamental-rights>

EuGH; Schlussanträge: Haftung bei Datendiebstahl durch unbekanntem Straftäter möglich

Der Generalanwalt am EuGH Collins hat am 26.10.2023 seine Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-182/22 und C-189/22 | Scalable Capital (Schadensersatz bei Datenschutzverletzungen) verlesen. Darin vertritt er die Auffassung, dass der Diebstahl sensibler personenbezogener Daten einer betroffenen Person durch einen unbekanntem Straftäter zu einem Anspruch auf immateriellen Schadensersatz führen kann. Erforderlich für das Entstehen des Schadensersatzanspruches sei der Nachweis eines Verstoßes gegen die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), eines konkreten erlittenen Schadens und eines Kausalzusammenhangs zwischen dem Schaden und diesem Verstoß. Für die Gewährung eines solchen Schadensersatzes sei es nicht erforderlich, dass der Straftäter die Identität der betroffenen Person angenommen habe. Auch stelle der bloße Besitz von Daten, die die betroffene Person identifizierbar machen, für sich genommen noch keinen Identitätsdiebstahl dar. Der Rechtssache liegt ein Vorabentscheidungsersuchen aus DEU zugrunde. Zwei Inhaber von Anlegerkonten bei einer von Scalable Capital betriebenen Trading-App hatten für ihre Authentifizierung bestimmte personenbezogenen Daten (z.B. Name, Geburtsdatum, Adresse und eine Kopie des Personalausweises) hinterlegt. Diese Daten wurden durch unbekanntem Straftäter abgegriffen. Daraufhin erhoben die beiden gegen Scalable Capital eine Klage auf Schadensersatz nach der DSGVO vor dem AG München. Sie machen einen immateriellen Schaden wegen angeblichen Schmerzes und Leidens aufgrund des „Diebstahls“ ihrer personenbezogenen Daten durch Dritte geltend. Das AG München geht von einer „über Belanglosigkeit hinausgehenden

Sensitivität“ dieser Daten aus und nimmt an, dass dem Grunde nach ein Schadensersatzanspruch in Betracht kommt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=279142&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=3720656>

Bildung und Kultur

Kommission; Kreatives Europa; Europäische Kooperationsprojekte; Call

Am 19.10.2023 hat die Kommission über das Kulturförderprogramm Kreatives Europa eine Ausschreibung zu europäischen Kooperationsprojekten veröffentlicht. Die Ausschreibung richtet sich an geplante Kulturprojekte, zu denen Organisationen aus mindestens drei verschiedenen teilnahmeberechtigten Mitgliedstaaten oder auch Partnerländern der EU zusammenarbeiten und Lösungen für aktuelle europäische Herausforderungen finden wollen. Besonders die Themen Inklusion, Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Internationalität und auch die Unterstützung der Ukraine sind dabei Prioritäten. Bis zum 23.01.2024 haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Zeit, einen Antrag auf ein kleines Kooperationsprojekt mit bis zu 200.000 EUR Förderung und einer EU-Finanzierungsrate von 80 % oder ein mittleres Kooperationsprojekt mit bis zu 1 Mio. EUR Förderung bei einer EU-Finanzierungsrate von 70 % einzureichen. Die Ausschreibung der Förderkategorie große Kooperationsprojekte findet im zweijährigen Turnus statt.

<https://culture.ec.europa.eu/news/creative-europe-call-for-european-cooperation-projects-open?etrans=de>

Kommission; Culture Moves Europe; Individuelle Mobilitätsförderung

Am 02.10.2023 hat die Kommission einen neuen Förderaufruf für die Förderlinie Culture Moves Europe veröffentlicht. Die Ausschreibung richtet sich an europäische Kulturschaffende und Künstlergruppen von bis zu fünf Personen, die bei der Durchführung ihres Projekts in ein anderes europäisches Land reisen wollen. Gemeinsam mit einem Partner aus dem europäischen Ausland sollen sie dort neues erforschen, schaffen, lernen und sich in Netzwerken austauschen. Dabei werden die teilnehmenden Künstlerinnen und Künstler je nach Gruppengröße ein bis acht Wochen lang finanziell (i.H.v. 75 EUR pro Tag) unterstützt. Besondere Unterstützung erhalten Teilnehmende mit Behinderung, mit Kindern unter zehn Jahren, Teilnehmende aus der äußersten Randlage der EU sowie Teilnehmende, die nicht mit dem Flugzeug anreisen. Auswahlkriterien bei der Bewerbung sind die Ziele der Kulturschaffenden, eine angemessene Projektplanung, die langfristigen Auswirkungen und die Nachhaltigkeitsaspekte des Projekts. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 31.05.2024, die eingereichten Bewerbungen werden monatlich validiert. Finanziert wird die Förderlinie aus dem bekannten EU-Kulturförderprogramm Kreatives Europa.

<https://culture.ec.europa.eu/calls/second-call-for-individual-mobility-of-artists-and-cultural-professionals>

Kommission; Culture Moves Europe; Residency Host; Förderaufruf

Am 16.10.2023 hat die Kommission einen weiteren Förderaufruf im Rahmen der Förderlinie „Culture Moves Europe“ veröffentlicht. Die Ausschreibung richtet sich an europäische Künstlerinnen und Künstler sowie Organisationen, die an der Aufnahme von internationalen Künstlerinnen und Künstlern sowie Kulturschaffenden für ein Aufenthaltsprojekt interessiert sind. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen in der Vergangenheit bereits regelmäßig kulturelle Aktivitäten organisiert haben und einen Vorschlag mit Einzelheiten über die Dauer, Ziele, Teilnehmer und erwarteten

Auswirkungen des Aufenthaltsprojekts einreichen. Außerdem verpflichten sie sich, den eingeladenen Künstlern geeignete Bedingungen für die Durchführung ihrer Projekte bereitzustellen. Ein Projekt muss mindestens 22 Tage und darf höchstens 300 Tage lang dauern. Besondere Unterstützung kommt Teilnehmenden mit Behinderung, mit Kindern unter zehn Jahren und Teilnehmenden aus Regionen aus äußerster Randlage der EU zu. Die Bewerbungsfrist endet am 16.01.2024. Anfang März 2024 werden die Bewerber über die Ergebnisse Ihrer Bewerbung informiert. Erfolgreiche Bewerberinnen und Bewerber haben ein Jahr Zeit, um ihr Projekt abzuschließen.

<https://culture.ec.europa.eu/news/apply-now-for-second-call-for-residency-hosts-under-culture-moves-europe>

Information, Kommunikation und Medien

EP, Kommission, Rat; Trilog zum EU-Medienfreiheitsgesetz hat begonnen

Die sog. Trilogverhandlungen von EP, Kommission und Rat zum Vorschlag für ein Europäisches Medienfreiheitsgesetz (EMFA) haben am 19.10.2023 begonnen. MdEP Sabine Verheyen (EVP/DEU), Berichterstatterin im federführenden Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT), berichtete im CULT-Ausschuss am 24.10.2023 über die erste Sitzung der Verhandlungsführer im Trilog. Sie habe dabei die Position des EP deutlich gemacht und nannte fünf Schwerpunkte: die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Zuständigkeiten von Mitgliedstaaten und EU unter Wahrung der kulturellen Vielfalt, die Kohärenz des EMFA mit anderen Rechtsakten wie der Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste, die Sicherstellung der Unabhängigkeit und Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien, die Unabhängigkeit des neuen Europäischen Gremiums für Mediendienste sowie das Verhältnis von Medien und großen Plattformen. Wichtig sei, einen zukunftsorientierten Text zu schaffen, der auch die digitale Transformation der Medien berücksichtige. MdEP Verheyen bezeichnete die erste Trilogsitzung als konstruktiv; bei einigen Punkten habe man bereits eine Einigung erzielen können. Noch seien aber viele Fragen offen, und bei einigen Artikeln gäbe es gravierende Differenzen. Angesichts dessen sei – neben dem bereits geplanten zweiten Trilogtermin – ein weiterer, dritter Termin absehbar. Das Gesetzgebungsverfahren soll vor den Europawahlen 2024 abgeschlossen werden.

https://multimedia.europarl.europa.eu/de/webstreaming/cult-committee-meeting_20231024-0930-COMMITTEE-CULT

Kommission; neuer Förderaufruf für unabhängige Medien

Die Kommission hat am 25.10.2023 angekündigt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nachrichtenmedien sowie Medien, die einen direkten Beitrag zum demokratischen Leben leisten, mit 11 Mio. EUR fördern zu wollen. Das Programm mit dem Titel „Journalistische Partnerschaften“ wird durch das Programm „Kreatives Europa“ finanziert. Die erste Maßnahme, die mit sechs Mio. EUR ausgestattet ist, soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Medien unterstützen, die gemeinsam innovative Geschäftsmodelle entwickeln und/oder gemeinsam journalistische Projekte durchführen wollen. Der zweite Aufruf, der mit fünf Mio. EUR ausgestattet ist, soll Medien unterstützen, die für die demokratische Debatte und die Beteiligung der Bürger besonders wichtig sind. Die Bewerbungsfrist endet am 14.02.2024; am 06.12.2023 findet eine Informationsveranstaltung statt. Die Projekte sollten gegen Ende des Jahres 2024 anlaufen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/events/online-info-session-journalism-partnerships-call-proposals-2024> (Informationsveranstaltung)

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/funding/journalism-partnerships-collaborations-2023> (Aufruf grenzüberschreitende Zusammenarbeit)
<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/funding/journalism-partnerships-pluralism-2023> (Aufruf Demokratiebildung)

EuGH; Mehrwertsteuer bei der Rundfunkgebühr

Der EuGH hat mit Urteil vom 26.10.2023 in der Rechtssache C-249/22 entschieden, dass die Mehrwertsteuerrichtlinie 2006/112/EG in Verbindung mit der Akte über die Bedingungen des EU-Beitritts von AUT der Erhebung von Mehrwertsteuer auf die Rundfunkgebühr in AUT nicht entgegensteht. Die Mehrwertsteuerrichtlinie sieht die Steuerbefreiung von „Tätigkeiten des öffentlichen Rundfunks und Fernsehanstalten, ausgenommen Tätigkeiten mit gewerblichem Charakter“ ausdrücklich vor. Die Beitrittsakte von AUT gestattet dem Mitgliedstaat aber, von diesen Bestimmungen abzuweichen. AUT darf die in Anhang X Teil A Nr. 2 der Richtlinie genannten Umsätze, nämlich die Tätigkeiten der öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, die keinen gewerblichen Charakter aufweisen, weiterhin besteuern. Diese Rechtslage hat der EuGH nun bestätigt. Der AUT-Verwaltungsgerichtshof hatte dem EuGH die Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt, ob das Programmentgelt des Österreichischen Rundfunks (ORF) ein Entgelt im Sinne der Richtlinie 2006/112/EG darstellt. Danach ist die Mehrwertsteuer-Pflicht nur gegeben, wenn ein Leistungsaustausch vorliegt. In dem Ausgangsverfahren hat eine Rundfunkteilnehmerin bei der Gebühren Info Service GmbH (GIS) in AUT die Rückerstattung der ihrer Ansicht nach unionsrechtswidrig bezahlten Umsatzsteuer für das Programmentgelt mit der Begründung beantragt, dass die (Dienst-)Leistung des ORF unionsrechtlich nicht der Mehrwertsteuer unterliege. Die GIS wies diesen Antrag ab. Auch das Bundesverwaltungsgericht wies die dagegen erhobene Beschwerde ab. Daraufhin erhob die Klägerin Revision an den Verwaltungsgerichtshof.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-249/22>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Ankündigung von zwei Ausschreibungen zum beschleunigten Einsatz innovativer Technologien

Am 23.10.2023 hat die Kommission angekündigt, am 23.11.2023 zwei konkrete Ausschreibungen aus dem Innovationsfonds zur Förderung innovativer Technologien zu veröffentlichen, um deren Einsatz zu beschleunigen. Die Mittel sollen in die Industrie und saubere Technologien fließen. Zur weitergehenden Information potenzieller Antragsteller werden die Kommission und die Europäische Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt am 30.11.2023 sowie am 07.12.2023 zwei Informationstage veranstalten. Die online-Teilnahme an den Informationsveranstaltungen ist möglich.

[Innovation Fund announces two upcoming calls for proposals \(europa.eu\)](#)

[Innovation Fund 2023 Auction Info Day \(europa.eu\)](#)

[Innovation Fund 2023 Call Info Day \(europa.eu\)](#)

Kommission; Aufruf an Experten-Organisationen im Bereich Luftfahrt- und Klimapolitik zur Beratung betreffend die Umsetzung der Emissionshandelsrichtlinie

Am 24.10.2023 gab die Kommission bekannt, sachverständige Organisationen aus den Bereichen Luftfahrt- und Klimapolitik zu suchen. Diese werden gesucht, um die Kommission bei den Vorbereitungen zur Umsetzung der Änderungen am

Emissionshandelssystem im Bereich Luftfahrt zu unterstützen. Bewerbungen von sachverständigen Organisationen sind bis zum 07.11.2023 möglich. Bei den potenziellen Bewerbern soll es sich entweder um Verbände handeln, die Branchen im Zusammenhang mit dem Luftfahrtsektor vertreten, oder um Nichtregierungsorganisationen und akademische Einrichtungen mit Fachwissen im Luftfahrtsektor. Angedacht ist die Mitarbeit der potenziellen Bewerberorganisationen an der Expertengruppe für das Emissionshandelssystem für den Luftverkehr. Dieses Gremium setzt sich derzeit aus Behördenvertretern aus den Mitgliedstaaten und aus den EWR- und EFTA-Staaten zusammen. Die Generaldirektion Klimapolitik plant nun, das Gremium zu erweitern, um alle am Emissionshandelssystem im Flugverkehr beteiligten Akteure miteinzubeziehen.

[Call for aviation experts \(europa.eu\)](#)

Kommission; Ausschreibung für Jugendliche zur Berichterstattung über aktuelle Themen mit grenzüberschreitendem Bezug

Die Kommission hat am 12.10.2023 eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen betreffend die Berichterstattung über aktuelle Themen aus grenzüberschreitender Perspektive für und von jungen Europäerinnen und Europäern veröffentlicht. Das Projekt hat ein Volumen i.H. von 9 Mio. EUR. Erstmals 2020 als Pilotprojekt gestartet, ist dies die vierte jährliche Ausschreibung dieser Art. Ziel ist es, die Produktion von Inhalten zu aktuellen Themen für und von jungen Europäerinnen und Europäern zu unterstützen. Das Projekt bietet Nachrichtenmedienorganisationen und gemeinnützigen Jugendorganisationen die Möglichkeit, ehrgeizige, grenzüberschreitende Projekte zu starten, an denen mindestens fünf Organisationen aus fünf EU-Mitgliedstaaten teilnehmen, um innovative Ansätze zu testen, die junge Europäer einbeziehen. Die Bewerbungsfrist endet am 29.01.2024, der Projektstart ist für Sommer 2024 geplant.

[A European public sphere: a new online media offer for young Europeans - 2023 | Shaping Europe's digital future \(europa.eu\)](#)

Kommission; Ausschreibung zur Medienkompetenz

Am 24.10.2023 gab die Kommission bekannt – vor dem Hintergrund der sich schnell wandelnden Medienlandschaft – im Rahmen einer Ausschreibung weitergehende Anstrengungen zur Förderung der Medienkompetenz der europäischen Bürgerinnen und Bürger, zur Unterstützung grenzüberschreitender Zusammenarbeit sowie zur Bekämpfung von Desinformation unternehmen zu wollen. Gefördert werden u.a. der Wissensaustausch über Medienkompetenz sowie Maßnahmen zur weitergehenden Entwicklung innovativer grenzüberschreitender Initiativen zur Steigerung der Medienkompetenz. Bewerben können sich Konsortien, bestehend aus mindestens drei Konsortialpartnern aus mindestens drei Mitgliedsländern, die am Programm „kreatives Europa“ teilnehmen. Konsortialpartner können u.a. gewinnorientierte und gemeinnützige Organisationen (staatlich oder privat), lokale, regionale, sowie nationale Behörden, Universitäten und Medienunternehmen sein. Zur Verfügung stehen 2 Mio. EUR. Die Förderhöchstsumme pro Projekt ist für einen zwei-Jahres-Zeitraum auf 500.000 EUR beschränkt. Die maximale Finanzierungsrate beträgt 70%, so dass eine Ko-Finanzierung erforderlich ist. Die Bewerbungsfrist endet am 07.03.2024.

[Call for cross-border Media Literacy projects | Shaping Europe's digital future \(europa.eu\)](#)

Veranstaltungen

Expertengespräch zur Europäischen Sozialpolitik; „Die digitale Dekade in der Wirtschafts- und Arbeitswelt gestalten“

Am 10.10.2023, fand ein Expertengespräch zur Europäischen Sozialpolitik mit dem Thema "Die digitale Dekade in der Wirtschafts- und Arbeitswelt gestalten" in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU statt. Die Veranstaltung versammelte Experten aus verschiedenen Bereichen, um die Auswirkungen der digitalen und grünen Transformation auf die Wirtschafts- und Arbeitswelt zu diskutieren. Dirk Meyer, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverband HessenChemie, betonte die bedeutsamen Veränderungen, die durch die digitale und grüne Transformation hervorgerufen werden. Er unterstrich die Notwendigkeit guter Rahmenbedingungen, insbesondere angesichts der beträchtlichen Investitionen in neue, klimaneutrale Technologien. Meyer verwies auf die aktuelle Lage in DEU und Hessen in der Industriechemie, die durch den hohen Industriestrompreis beeinträchtigt sei. Dies führe zu einem deutlichen Rückgang der Produktionszahlen. Gleichzeitig hob er hervor, dass die Digitalisierung neue Chancen biete, um Kosten zu senken und die Produktivität zu steigern. Meyer plädierte für eine Bildungsoffensive an Schulen, um eine bessere Vermittlung von Digitalisierung zu gewährleisten. Weiterhin betonte er, dass die Hindernisse für die Umsetzung der Digitalisierung beseitigt werden müssten und dass dies eine Angelegenheit von höchster Priorität sei. Insbesondere in der öffentlichen Verwaltung gebe es erheblichen Nachholbedarf. Auch die Fachkräftezuwanderung sei von entscheidender Bedeutung, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und dem demographischen Wandel entgegenzuwirken. Dr. Max Uebe von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission, wies darauf hin, dass DEU laut dem Digitalisierungszwischenbericht der Kommission unter dem Durchschnitt liege, jedoch einen ehrgeizigeren Anspruch habe. Er betonte, dass viele Unternehmen die Potentiale digitaler Technologien erkannt hätten. Uebe hob die großen Unterschiede in der digitalen Bildung innerhalb der EU hervor und betonte die Notwendigkeit einer digitalen Grundausbildung, um die Beschäftigungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten. Des Weiteren sprach er die Bedenken bezüglich KI an und deutete an, dass die Kommission in der nächsten Legislaturperiode eine Initiative in diesem Bereich ergreifen werde. Er mahnte dazu, eine digitale Spaltung zwischen Mitgliedstaaten, Stadt und Land zu verhindern, um niemanden digital abzuhängen.

Europa nach den Wahlen: POL hat gewählt

Die Partnerregionen Wielkopolska und Hessen haben am 16.10.2023 zu einer Veranstaltung in der Reihe „Europa nach den Wahlen“ zu den Parlamentswahlen in POL am 15.10.2023 eingeladen. Anna Słojewska, EU-Korrespondentin der polnischen Tageszeitung Rzeczpospolita, stellte den 300 Gästen das Wahlergebnis vor und analysierte es im Anschluss im Gespräch mit Dr. Thomas Gutschker, Frankfurter Allgemeine Zeitung. Auch wenn die amtlichen Wahlergebnisse zum Zeitpunkt der Veranstaltung noch nicht vorlagen, zeigten die Prognosen, dass POL ein Regierungswechsel bevorstehen dürfte. Joanna Kubiak, geschäftsführende Leiterin der Vertretung der Wielkopolska, machte in ihrer Einführung deutlich, wie wichtig diese Wahl für POL und die EU ist. Das Ergebnis werde die Regionalwahlen im April 2024 sowie die Europawahlen im Juni 2024 in POL beeinflussen. Sowohl Joanna Kubiak als auch Anna Słojewska wiesen auf die Rekord-Wahlbeteiligung von über 70% hin; in der hessischen Partnerregion wurde sogar die zweithöchste des Landes verzeichnet: 86%. Grund für die hohe Wahlbeteiligung sei die starke Mobilisierung der Anhänger der Opposition und dabei insbesondere der Frauen gewesen. Anna Słojewska fällte ein klares Urteil: Die Wahlen waren frei, aber nicht fair. Die öffentlich-rechtlichen

Medien seien eine „Propaganda-Maschine“ der Regierung gewesen, die „liberalen“, großen Wahlbezirke haben (nach einer Wahlrechtsreform) verhältnismäßig weniger Sitze zugewiesen bekommen als kleine, der PiS nahestehende Wahlbezirke, und die Verbindung der Wahlen mit einem Referendum u.a. zur Migrationspolitik habe ebenfalls der PiS in die Hände spielen sollen. Das Kalkül sei aber nicht aufgegangen: Nur 40% der Wählerinnen und Wähler haben sich an dem Referendum beteiligt, so dass dieses gescheitert ist. Wegen der hohen Wahlbeteiligung dauere die Auszählung sehr lang. Die aktuellen Prognosen, beruhend auf Befragungen nach der Wahl, seien aber recht zuverlässig. Danach ist die PiS von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mit 36,6% der Stimmen stärkste Kraft. Auf dem zweiten Platz mit 31% liegt die oppositionelle liberalkonservative Bürgerkoalition (KO) des ehemaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk. Die KO könnte zusammen mit dem christlich-konservativen Dritten Weg (rund 14%) und dem Linksbündnis Lewica (rund 8%) eine Koalition bilden. Sie eint der Wille, die Zerstörung des demokratischen Staates beenden, die Rechtstaatlichkeit wiederherstellen, Frauenrechte verbessern und die Wirtschaft wieder stärken zu wollen. Auch sind alle pro-europäisch. Damit lägen genügen Gemeinsamkeiten vor, so die Zuversicht von Anna Słojewska. Die Wiederherstellung der Rechtstaatlichkeit, da waren sich die polnische Journalistin und Thomas Gutschker einig, wird aber eine Weile brauchen. Im Zentrum stehen hier die umstrittenen Justizreformen der PiS-Regierung.

Der Wandel des EU-Viertels in Brüssel und die Rolle der Kommission

Auf Einladung von Hessens Europaministerin Lucia Puttrich hat am 19.10.2023 in der Landesvertretung eine Veranstaltung der Reihe „Europa im Gespräch“ zu dem Thema „Der Wandel des EU-Viertels in Brüssel und die Rolle der Europäischen Kommission“ stattgefunden. Uwe Becker, Hessischer Staatssekretär für Europaangelegenheiten, erinnerte in seiner Einführung daran, dass „Der Spiegel“ das EU-Viertel 2009 als „Behördenghetto“ bezeichnet habe. Seitdem aber habe sich viel getan – nicht zuletzt aufgrund innovativer Architekturansätze wie dem Neuen Europäischen Bauhaus und den Veränderungen des Arbeitsumfelds seit der COVID-Pandemie. Marc Becquet, Direktor des Amts für Gebäude, Anlagen und Logistik Brüssel (OIB) der Kommission, stellte sodann die neue Gebäudestrategie der Behörde vor, und erläuterte sie anschließend im Gespräch mit Véronique Lamquin, EU-Korrespondentin der belgischen Tageszeitung Le Soir. Schon vor der Pandemie habe sich die Kommission Gedanken zum Gebäudemanagement gemacht – Triebfedern waren Klimaschutz, Neues Europäisches Bauhaus sowie die Absicht, das Arbeiten der Kommission selbst „grüner“, also nachhaltiger, zu gestalten. Zur selben Zeit begann auch die Region Brüssel, sich mit der Umgestaltung des EU-Viertels zu befassen. Die Pandemie war dann der „Game Changer“. Die Kommission möchte ihre Gebäude nachhaltiger nutzen, die bisher über die Stadt verstreuten Gebäude stärker „clustern“ und die Büroflächen klüger nutzen. Damit einher gehe eine starke Reduzierung der Büroflächen, weil mit der strukturellen Einführung von mobilem Arbeiten weniger feste Arbeitsplätze benötigt werden. 2030 soll die Kommission „agil arbeiten“, und die Gebäude auf das EU-Viertel konzentriert sein. Es werden sieben Arbeitsplätze pro zehn Mitarbeitende vorgesehen. Marc Becquet erläuterte auch, warum die Kommission – anders als früher – die Anmietung von Bürogebäuden dem Eigentum vorzieht: Vermietete Büros könnten leichter wieder aufgegeben werden. Dabei sei auch zu berücksichtigen, dass Büroflächen – anders als privates Wohneigentum – eine Lebensdauer von nur 25 Jahren haben, und dann oftmals abgerissen werden. Die nun im Brüsseler EU-Viertel aufgegebenen Gebäude werden vom belgischen Föderalstaat erworben. Belgien will diese Gebäude zu 60% als Büros, zu 30% als Wohnraum und 10% als Servicefläche (Geschäfte etc.) nutzen. Auch die Kommission strebt bei den ihr verbleibenden Gebäuden eine gemischte Nutzung an, soweit dies möglich ist. So

könnten Büro- und Wohnflächen kombiniert werden (bei einer „vertikalen Aufteilung“), und die Erdgeschossflächen sollen belebt und für die Öffentlichkeit transparenter und zugänglicher genutzt werden.

60 Jahre Élysée-Vertrag

Am 24.10.2023 fand in der Hessischen Landesvertretung eine Veranstaltung zum Thema „60 Jahre Élysée-Vertrag: Vor welchen Herausforderungen steht die deutsch-französische Freundschaft in einer sich rasch verändernden Welt?“, statt. Staatssekretär Uwe Becker ging zunächst darauf ein, wie wichtig es sei, Wege zu finden, die wichtigste Achse Europas, DEU-FRA, am Laufen zu halten. Beim Élysée-Vertrag hätten zwei Staaten gemeinsame Verantwortung für eine Sache übernommen. Das müsse aktuell wieder geschehen. Die Zukunft Europas hänge von einem starken deutsch-französischen Verhältnis ab. Das deutsch-französische Jugendwerk spiele laut Becker eine wichtige Rolle, da es von Beginn an wichtig sei, die junge Generation mit einzubeziehen. Pascale Joannin, Generaldirektorin der Robert-Schuman-Stiftung und Jacob Ross Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | DGAP, Research Fellow, Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen waren anschließend im Gespräch mit Moderator Karl De Meyer, EU-Korrespondent der Zeitung Les Echos. Im Laufe des Gesprächs wurde vor allem festgestellt, dass die deutsch-französische Freundschaft von großer Bedeutung für Europa sei, sich aber aktuell in einer Krise befinde. Joannin stellte fest, dass der Krieg in der Ukraine gezeigt habe, dass man zum Beispiel beim Thema Energie unterschiedliche Wege gehe. DEU habe andere Probleme als FRA und handele auch anders. Entscheidungen würden aktuell nicht gemeinsam getroffen, sondern einer presche vor. Ross stellte fest, es müsse mehr für die deutsch-französische Zusammenarbeit getan werden. Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik hätten sich große Unterschiede zwischen DEU und FRA gezeigt. Die Versprechen aus der „Zeitenwende-Rede“ von Bundeskanzler Olaf Scholz seien aus Sicht von Frankreich nicht erfüllt worden. DEU falle im Bereich Verteidigungspolitik weiter zurück und habe nicht aufgeholt. Außerdem halte sich DEU aus Sicht von FRA zu sehr an die NATO und an die USA. Dem stimmte auch Joannin zu und merkte an Europa könne sich nicht immer auf die USA verlassen, da zwar der aktuelle Präsident der USA ein Europa Freund sei, aber dies könne sich ändern. Beide stimmten überein, dass es ohne eine deutsch-französische Einigkeit keine Fortschritte in der EU gebe. Ross erläuterte gerade auch beim Thema Reformen vor der Erweiterung der EU sei eine deutsch-französische Zusammenarbeit dringend notwendig. Um das deutsch-französische Verhältnis wieder zu bessern spiele laut Ross die Jugend eine große Rolle, da diese mit einer neuen Begeisterung für die „art de vivre“ und die Kultur von FRA später besser gemeinsam Politik gestalten könne. Joannin hob auch die Bedeutung von Kooperationen und Initiativen auf regionaler Ebene zwischen DEU und FRA hervor.

Mitgliederversammlung des Deutschen Unternehmerverbands Vermögensberatung e.V. (DUV) in Brüssel

Am 24.10.2023 fand die Mitgliederversammlung des DUV in der Hessischen Vertretung in Brüssel statt, die von ihrem Vorsitzenden Dr. Helge Lach geleitet wurde. Anwesend war auch Dr. Peter Tauber, Geschäftsführer des DUV. Europastaatssekretär Uwe Becker sprach mit den Teilnehmern über die aktuellen EU-Finanzthemen und den Finanzplatz Frankfurt. Auf dem Programm stand vor allem ein Austausch mit den Vertretern der Europäischen Institutionen zu den vielfältigen laufenden EU-Gesetzgebungsverfahren im Bereich der Finanzdienstleistungen, wie u.a. die Verhandlungen zum Vorschlag der Kommission zur EU-Kleinanlegerstrategie (EU Retail Investment Strategy) sprich RIS. So berichtete zunächst MdEP Engin Eroglu (RN/DEU) über seine Arbeit im EP. Marcel Haag, Direktor in der

Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) gab in einer Keynote Einblicke in die vielen offenen EU-Dossiers der Generaldirektion FISMA. Dr. Sebastian Thomasius, Leiter des Referats Finanzdienstleistungen in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, brachte seine Expertise ebenfalls in diese Diskussion ein. Ein Business-Lunch bot den Teilnehmern die Möglichkeit, sich mit MdEP Nicola Beer (RENEW/DEU), der EP-Vizepräsidentin auszutauschen. Die Gespräche setzten sich mit MdEP Markus Ferber (EVP/DEU), fort, der weitere Einblicke in die laufenden Gesetzgebungsverfahren und dementsprechend auch RIS bot.

Europa im Gespräch: Realitätscheck für die EU-Handelspolitik – Pragmatismus oder hehre Ziele?

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europa im Gespräch“ erläuterte Michael Hager, Kabinettschef von Exekutivvizepräsident Valdis Dombrowskis, am 25.10.2023 im Gespräch mit Handelsblattkorrespondent Moritz Koch die Herausforderungen und Chancen der aktuellen EU-Handelspolitik. In seiner Begrüßung zu der Veranstaltung umriss Europastaatssekretär Uwe Becker die Ziele einer erfolgreichen Handelspolitik: Diese seien einerseits die Schaffung von Wohlstand und andererseits die Schaffung einer Win-Win-Situation für beide Seiten. Hager ging in seinem Einführungsstatement insbesondere auf den Paradigmenwechsel weg von der „Sustainability“ hin zu mehr „Economic Security“ ein. Dieser Aspekt müsse in der europäischen Handelspolitik stärker in den Vordergrund gerückt werden, da die derzeitige Form der europäischen Handelspolitik - in der der Handel häufig an bestimmte umwelt- und sozialpolitische Forderungen geknüpft wird - von einigen außereuropäischen Handelspartnern als eine Form des ökologischen Kolonialismus wahrgenommen werde. Die Zustimmung zur Ratifizierung von EU-Handelsabkommen sei eine besondere Herausforderung. Bei „CETA“ hätte es passieren können, das am Haloumikäse das ganze Abkommen gescheitert wäre. Dieses wäre aber nicht die einzige Stelle, bei der die unterschiedlichen Interessen der MS in der Vergangenheit die Ratifizierung einiger Handelsabkommen mit oftmals sogar gleichgesinnten Vertragspartnern - wie beispielsweise Kanada – erschweren bzw. verunmöglichen. Hinzu komme, dass die jeweiligen Handelspartner häufig andere Ziele und Handelsansätze verfolgten als die EU. Hager verdeutlichte dies am Beispiel der transatlantischen Beziehungen zwischen Europa und den USA: So lege die EU den Schwerpunkt auf eine starke Exportwirtschaft, während die USA die Binnennachfrage in den Vordergrund stelle. Diese unterschiedlichen Bedingungen erklären die teilweise verschiedenen Handlungsweisen der EU und der USA und seien eine Herausforderung bei der Aushandlung von Handelsabkommen. Grundsätzlich äußerte sich Hager jedoch optimistisch über die europäisch-amerikanischen Beziehungen. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung ging Hager auch auf die europäisch-chinesischen Handelsbeziehungen ein und stellte in diesem Zusammenhang die Sinnhaftigkeit und Machbarkeit einer vollständigen Entkopplung in Frage. Stattdessen plädierte Hager für eine Kombination aus „Derisking“ und Exportkontrollen für europäische Güter. Ob eine Mitteilung der Kommission zum „Outbound Investment Screening“ bis Ende des Jahres noch kommt, ließ Hager offen.

Veranstaltung mit der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen zu den Herausforderungen der Städte bis 2050 klimaneutral zu sein

Für den 25.10.2023 hatten die Hessische Ministerin für Bundes und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich zusammen der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen zu einer Veranstaltung der Reihe „Finanzwelt in Europa zum Thema „Herausforderungen der nachhaltigen Urbanen Transformation und ihrer Finanzierung“ eingeladen. Jens Jakob Happ, Stellv. Vorstandssprecher Stiftung Urban

Future Forum e.V. (UFF) erklärte zu Beginn die Arbeit der Stiftung und die von der Stiftung initiierten verschiedenen Veranstaltungsformate. Prof. Dr. Dr. h.c. Volker Mosbrugger, Generaldirektor em. der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, erläuterte auf der sogenannten Metaebenen die Folgen des Klimawandels für die Erde und die besonderen Herausforderungen der nachhaltigen urbanen Transformation. Bei dem Begriff der Nachhaltigkeit müsse man das gesamte sozial-ökologische System und zwar die drei Säulen „People, Planet, Profit“ betrachten, wobei Herr Happ als Architekt auch auf die Ästhetik als vierte Säule hinwies. Mosbrugger zeigte auf, dass es der Menschheit noch nie besser gegangen sei, aber der Natur zugleich nie schlechter. Es sei zu einer Übernutzung des Naturkapitals gekommen. Die CO2 Bepreisung sei ein guter Ansatz, aber wichtig wäre, dass die Erträge dementsprechend letztendlich klimawirksam eingesetzt würden. In einer anschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Hendrik Kafsack, Frankfurter Allgemeinen Zeitung, wurde die Metaebene verlassen und auf konkrete Projekte vor Ort in den Regionen geschaut. Wolfgang Münch aus der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Kommission erläuterte den systemischen Ansatz bei der Regionalförderung bis 2027, vor allem für die Städte. Ergänzend verwies er auch auf das Neue Europäische Bauhaus (NEB), welches kreative Lösungen kreieren solle. Gottfried Milde, Sprecher der Geschäftsleitung der Wirtschafts- und Infrastrukturland Hessen, erklärte, dass bei dem Thema nachhaltige Finanzierung ein Umdenken stattgefunden habe und man z.B. auch beim Thema Bauen Anreize geschaffen habe. Hessen unterstütze z.B. sogenannte Klima-Kommunen mit einer 90%-Förderung. Er sieht Hessen bei dem Thema auf den richtigen Weg, aber es sei viel Geld notwendig. Carlotta Ludig, Direktorin und Gründerin des hessischen Start-up Office für Microclimate Cultivation, präsentierte sehr praxisnah, wie ihr Unternehmen mit der Begrünung durch Einjahrespflanzen einen aktiven Beitrag zur saisonalen Begrünung in Hessen leistet. Ihr Unternehmen, unterstützt auch durch den EFRE, ist spezialisiert auf Produktsysteme für freistehende vertikale und fassadengebundene saisonale Begrünung in urbanen Räumen. Die Diskussionsrunde war sich einig, dass viele innovative Projekte notwendig sind, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Dafür sei aber auch ein Bürokratieabbau u.a. bei den Bauvorschriften unabdingbar.

Gespräche von Europastaatssekretär Becker in Brüssel

Im Rahmen seiner Brüssel-Aufenthalte am 18./19.10.2023 und 24./25.10.2023 führte der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten Uwe Becker zahlreiche Gespräche. Im Mittelpunkt des Treffens mit Dr. Markus Schulte, Kabinettschef der neuen EU-Kommissarin Iliana Ivanova, die für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend in der EU Kommission zuständig ist, standen die Themen EU-Bildungspolitik, neuer strategischer Plan für Horizont-Europa und die EU-Sportpolitik. Fragen der EU-Wirtschaftspolitik, der EU-Finanzpolitik und der EU-Finanzdienstleistungspolitik erörterte der Staatssekretär mit dem Generaldirektor der Generaldirektion Wirtschaft/Finanzen des Rates der EU Thomas Westphal. Bei dem Gespräch mit Botschafterin Helene Winter, stellv. Ständige Vertreterin der Bundesrepublik Deutschlands bei der EU ging es um den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der EU, Industriepolitik, EU-Weltraumpolitik sowie um die Verhandlungen auf EU-Ebene zum Lieferkettengesetz und dem Vorschlag eines Rechts auf Reparatur. Beim Gespräch mit MdEP Dr. Angelika Niebler (EVP/DEU) wurden die Themen Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, Nachhaltigkeitsberichterstattung, Chemikalienregulierung, KMU-Politik sowie ein Ausblick auf das Arbeitsprogramm der Kommission 2024 besprochen. Aktuelle Fragen der EU-Verteidigungspolitik, Zusammenarbeit von NATO und EU, der Krieg Russlands gegen Ukraine und der Angriff auf Israel waren Themen des Gesprächs mit

Botschafter Géza Andreas von Geyr, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschlands bei der NATO. Diese Themen wie auch die Situation in Mittel- und Südamerika wurden darüberhinaus mit Botschafter Thomas Ossowski, Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU erörtert. Schwerpunkt des Gesprächs mit Katharina von Schnurbein, Antisemitismusbeauftragte in der Europäischen Kommission waren die antisemitischen Ausschreitungen vor dem Hintergrund der Situation in Israel und im Gazastreifen. Mit dem Generalsekretär des Ausschusses der Regionen (AdR) Petr Bližkovsky erörterte Staatssekretär Becker die Zusammenarbeit zwischen AdR und EP, mit dem Ziel einer besseren Vernetzung und Einbringung der AdR-Stellungnahmen in den EU-Gesetzgebungsprozess.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

| | |
|----------------|---|
| 06.-07.11.2023 | Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat Weltraum |
| 07.11.2023 | Rat für allgemeine Angelegenheiten |
| 08.11.2023 | Eurogruppe |
| 09.-10.11.2023 | ECOFIN |

Europäische Kommission

| | |
|------------|---|
| 08.11.2023 | Erweiterungspaket Europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie |
|------------|---|

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Brüssel 08.-09.11.2023

Rede von Cate Blanchett, Sonderbotschafterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen
Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 26./27. Oktober 2023 - Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission
Stand der Energieunion - Erklärung der Kommission
Eigenmittelsystem der Europäischen Union
Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Motoren hinsichtlich ihrer Emissionen und der Dauerhaltbarkeit von Batterien (Euro 7)

Stärkung des Rechts auf Teilhabe: Legitimität und Resilienz von Wahlprozessen in illiberalen politischen Systemen und autoritären Regimen
Ergebnis des Gipfeltreffens EU-USA - Erklärungen des Rates und der Kommission
Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit - Erklärungen des Rates und der Kommission
Wahl einer Quästorin oder eines Quästors des Europäischen Parlaments (als Ersatz für Monika Beňová)
Europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen: Einführung neuer Module Datengesetz
Änderung bestimmter Verordnungen in Bezug auf die Einrichtung und die Funktionsweise des zentralen europäischen Zugangsportals (ESAP)
Zentrales europäisches Zugangportal (ESAP): Zugriff auf Informationen im Zusammenhang mit Finanzdienstleistungen, Kapitalmärkten und Nachhaltigkeit
Änderung bestimmter Richtlinien in Bezug auf die Einrichtung und die Funktionsweise des zentralen europäischen Zugangsportals (ESAP)
Abwicklungsdisziplin, grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen, aufsichtliche Zusammenarbeit, Erbringung bankartiger Nebendienstleistungen und Anforderungen an Zentralverwahrer in Drittländern
Straßenfahrzeuge: höchstzulässige Abmessungen im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr sowie höchstzulässige Gewichte im grenzüberschreitenden Verkehr (kodifizierter Text)
Abkommen zwischen der EU und China: Änderung der Zugeständnisse für alle in der EU-Liste CLXXV aufgeführten Zollkontingente
Partnerschaftliches Abkommen zwischen der EU und Madagaskar über nachhaltige Fischerei und Durchführungsprotokoll (2023-2027)
Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Tony Murphy
Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Bettina Michelle Jakobsen
Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Alejandro Blanco Fernández
Elektro- und Elektronik-Altgeräte (EEAG) - Bericht: Anna Zalewska
Wirksamkeit der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen

Europäischer Gerichtshof

07.11.2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-626/22 Ilva u.a. (Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit)
Wertung der Auswirkungen von Industrieemissionen

- 09.11.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-598/21
Všeobecná úverová banka
Verhältnismäßigkeit von Kreditvollstreckungsverfahren
- 09.11.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-353/22
Kommission / Schweden (Kontrolle des Erwerbs und des
Besitzes von Waffen)
Erwerb und Besitz von zivilen Feuerwaffen
- 09.11.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-376/22
Google Irland u.a.
Anwendbarkeit des nationalen Rechts auf internationale
Träger sozialer Medien
- 09.11.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-319/22
Gesamtverband Autoteile-Handel
Zugang zu Kfz-Reparatur- und Wartungsinformationen
- 09.11.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-465/20 P Kommission / Irland u.a.
Staatliche Beihilfen
- 09.11.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den
verbundenen Rechtssachen C-608/22 und C-609/22
Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl u. a. (Afghanische
Frauen)
Asylanträge von Afghanischen Frauen

EuG

- 08.11.2023 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-282/22
Mazepin / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der
Ukraine

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 10.11.2023.

Abkürzungsverzeichnis

| Europäisches Parlament | |
|--|-------|
| Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) | EVP |
| Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament | S&D |
| Fraktion Renew Europe | RN |
| Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz | GRÜNE |
| Europäische Konservative und Reformisten | ECR |
| Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke | GUE |
| Fraktion Identität und Demokratie | ID |
| Fraktionslos | FL |
| EU-Mitgliedstaaten | |
| Belgien | BEL |
| Bulgarien | BUL |
| Dänemark | DNK |
| Deutschland | DEU |
| Estland | EST |
| Finnland | FIN |
| Frankreich | FRA |
| Griechenland | GRI |
| Irland | IRL |
| Italien | ITL |
| Kroatien | KRO |
| Lettland | LET |
| Litauen | LIT |
| Luxemburg | LUX |
| Malta | MTA |
| Niederlande | NDL |
| Österreich | AUT |
| Polen | POL |
| Portugal | PTL |
| Rumänien | ROM |
| Schweden | SWE |
| Slowakei | SLK |
| Slowenien | SLO |
| Spanien | ESP |
| Tschechische Republik | CZR |
| Ungarn | HUN |
| Zypern | CYP |
| Länder außerhalb der EU | |
| Vereinigtes Königreich | GBR |
| Vereinigte Staaten von Amerika | USA |